

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1914**

54 (5.3.1914) Erstes Blatt







and kleine Leute entzogen, ihre Existenz stünde auf dem Spiel und sie könnte die Arbeiterschaft nicht mehr verleumden. Man duldet doch sonst keinen Feind in der Familie, warum aber öffnet man nun jeden Tag dem dreisten Verleumder die Tür, der in Gestalt des gegnerischen Blattes in die Familie kommt? Das müßten sich die Massen einmal überlegen, das muß ihnen klar gemacht werden, sie müssen es ablehnen, durch ihre mühsam verdienten Groschen gerissene bürgerliche Spekulanten zu unterstützen, damit diese noch mehr als jeher die kämpfende Arbeiterklasse beschimpfen und verleumden können. Deshalb muß eine Parole der roten Woche sein:

**Hinaus mit der arbeiterfeindlichen Presse!**  
Erfreie sie durch sozialdemokratische Blätter!

### Deutsche Politik.

Kardinal Kopp f.

Aus Troppau (Schlesien) kommt die Nachricht, daß Kardinal Fürstbischof Dr. v. Kopp gestern früh gestorben ist.

Georg Kopp wurde am 25. Juni 1837 als zweitältester Sohn eines wenig bemittelten Weberpaares in Duderstadt, einem früher hannoverschen Städtchen, geboren. Er besuchte die Bürgerschule seiner Vaterstadt, dann das Gymnasium. Als Telegraphenbeamter trat Kopp in den hannoverschen Staatsdienst. Zwei Jahre später verließ er jedoch den Staatsdienst wieder und gab sich in der philosophisch-theologischen Lehranstalt in Hildesheim und im Priesterseminar dem geistigen Studium hin. Dann durchlief Kopp in kurzer Zeit die niederen Kirchenwürden: er wurde Schulvikar im Waisenhause zu Hennesdörde, dann Kaplan in Delforth und schließlich Pfarrer im bischöflichen Generalvikariat. Erst 34 Jahre alt, wurde er Domkapitular und Generalvikar. Am 15. November 1871 ernannte ihn der Papst zum Bischof von Fulda und in dieser Stellung wurde Kopp im Jahre 1884 auf Lebenszeit ins preussische Herrenhaus berufen, als Dank für die in der Carolinangelegenheit bewiesene päpstliche Hilfe. Kopp entwickelte im Herrenhause eine eifrige Tätigkeit für die Aufhebung der sogenannten Waagegesetz. Am 20. Oktober 1887 nahm Kopp den Fürstbischöflichen von Breslau ein, nachdem er im Jahre vorher noch in Münster den Ehren doktor der theologischen Fakultät erhalten hatte. Als Fürstbischof hat Kopp nach Kräften für den katholischen Glauben gewirkt. Bei der internationalen Arbeiterschulungskonferenz im Jahre 1890, die von Kaiser Wilhelm berufen war, wurde Kopp als Vorsitzender der Kommission für die Ausführung der Beschlüsse gewählt. Bekannt ist aus dieser Zeit sein Erlaß zur Gründung katholischer Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine als Bollwerk gegen die Sozialdemokratie. Ein weiterer Erlaß richtete sich gegen die sozialdemokratische Stimmenabgabe durch katholische Wähler. Seine Beziehungen zur preussischen Regierung brachten ihn im Jahre 1906 bei Gelegenheit der schlesischen Kaisermanden der schwarzen Adlerorden ein. Später wurde Kopp noch Ehren doktor der Rechte und Ehrenbürger der Stadt Breslau. Als Vertreter des doppelten Autoritätsprinzips, des Staates und der Kirche, stellte ihm die „Nordd. Allg. Ztg.“ anlässlich seines 75. Geburtstages ein glänzendes Zeugnis aus. Obwohl sich Kopp lebhaft gegen die Polenbestrebungen äußerte, stimmte er aus Gewissensbedenken der Entsendungsvorlage des Jahres 1908 nicht zu. In letzter Zeit wurde Fürstbischof Kopp vielfach genannt beim Streit um die christlichen Gewerkschaften. Die Stellung des Zentrums gegenüber den interkonfessionellen Gewerkschaften hatten die Bischöfe in einer Interpretation der päpstlichen Enzyklika niedergelegt. Von dieser Interpretation sagte sich später Kopp los und es kam deshalb zu scharfen Differenzen zwischen ihm und dem Baderborner Bischof, ferner zu heftigen Angriffen verschiedener Zentrumsblätter auf den Kardinal.

#### Die Affäre von Reiffe.

Ueber die Affäre der beiden Burschen des Generalmajors Boetz in Reiffe schwebt nach wie vor ein geheimnisvolles Dunkel, und man gewinnt immer mehr den Eindruck, daß hier Vertuschung im großen Stil getrieben wird. Es ist deshalb sehr erfreulich, daß den Militärbehörden durch eine Anfrage des Abg. Erzberger Gelegenheit geboten wird, sich zu dieser Sache zu äußern. Herr Erzberger will wissen, aus welcher Ursache die beiden Soldaten Selbstmord verübt haben, welches Resultat die ärztliche Untersuchung der Leichen ergeben hat, warum die Beerdigung nicht in der Heimat der Soldaten stattfand und wieviel Burschen der Generalmajor seit dem Oktober 1913 geholt hat.

Die Antwort wird hoffentlich Klarheit darüber bringen, ob es wahr ist, daß der General die beiden Burschen, die in der Nacht die Generalswohnung hatten aufräumen müssen, nachdem erst um 1 Uhr eine Gesellschaft beendet war, mit der Keitpeitsche gewetzt hat, während eine Kammergoße die schlaftrunkenen Soldaten mit einem Kübel kalten Wassers übergießen mußte.

Die konservativere Presse ist natürlich aufs eifrigste bemüht, die Militärbehörde bei ihren Vertuschungsmanövern zu unterstützen und die beiden unglücklichen Soldaten als ungehorsame und moralisch minderwertige Gesellen hinzustellen. Die „Deutsche Tageszeitung“ erklärt die Behauptung, daß der General mit einer Peitsche auf sie eingeschlagen habe, für völlig erfunden, er habe nur die infolge eines nächtlichen Alkoholexzesses fest schlafenden Leute mit Wasser bespritzt.

Vielleicht hat der General sie sogar mit Eau de Cologne bespritzt, aber die „Deutsche Tageszeitung“ wird es uns schon nicht übelnehmen, wenn wir genauere Feststellungen über die Art wie dieser Offizier seine Burschen weckte, nicht von ihr, sondern von anderen Stellen entgegennehmen wollen. Es ist ja auch im höchsten Maße verdächtig, daß das Blatt sich bemüht, die Soldaten als von sozialdemokratischer Seite verhetzt hinzustellen und von hekerischen Ausstreunungen der sozialdemokratischen Presse spricht, wo doch gerade bürgerliche Organe die ersten Andeutungen über den Verlauf der Dinge gemacht haben.

Als stärkstes Argument für ihre Auffassung der Dinge sieht die „Deutsche Tageszeitung“ den Umstand an, daß die Nebeltäter sich selbst den Tod gegeben haben. Dieser Selbstmord sei ein vollgültiger Beweis dafür, wie schuldig sie sich gefühlt haben müßten. Diese Geheule ist nun wirklich nicht mehr zu überhören. Die Soldaten wußten sehr genau, daß ihnen, auch wenn sie sich hundertmal in der Notwehr befunden hätten, wegen des tätlichen Angriffs auf einen Vorgesetzten die allerhöchsten Strafen bevorstünden. Sie kannten die Grausamkeit des Militärstrafgesetzbuchs und die barbarische Strenge der Kriegsgerichte zu gut, als daß sie in dem Gefühl ihrer Unschuld eine Verurteilung hätten finden können. Sie gaben sich den Tod, weil sie ihr Leben ohnehin für ruiniert hielten.

Von anderer Seite wird zu dem Vorfall geschrieben: Der auf den Generalmajor Boetz von seinen Burschen verübte Ueberfall ist etwas so Ungewöhnliches, daß der offizielle Bericht dafür keine genügende Erklärung gibt. Eine vom Zentrum gestellte Anfrage im Reichstag will zur Klärung des Dunkels beitragen. Aus einer Darstellung der „Breslauer Zeitung“ geht hervor, daß die Burschen keineswegs schlechte Soldaten waren. Sie stammten aus einer frommen katholischen Familie, waren vorher tadellos im Dienst gewesen. In der Familie aber sorgte eine Jofe durch fortwährendes Hinterbringen jeder Unpünktlichkeit für häufigen Wechsel der Generalsburschen. Als nach einer Gesellschaft nachts noch die Zimmer gereinigt wurden, sollen die Burschen das nicht akkurat genug gemacht haben, weshalb ihnen die Trinkgelber abgenommen und der Jofe übergeben wurden. Aus Ärger darüber haben sie sich angetrunken und blieben über die Urlaubsstunde fort. Das gab nach Anzeige durch das Mädchen eine Strafe und den Befehl, morgens fünf Uhr anzutreten. Da die Burschen verschliefen, begab sich der General, in der Hand eine Keitpeitsche, in ihre Kammer, gefolgt vom Mädchen, das die halbangeliebten Schlüter mit einer Kanne eiskalten Wassers übergießt. In dem halbawachen Zustand begingen diese dann die geschilderte Tat. Das Entsetzen trieb sie dann zum Selbstmord.

### Tantchen Rosmarin,

oder: Alles verkehrt.  
21. Humoreske von Heinrich Büchtele.  
(Fortsetzung.)

#### Bedenkliche Folgen.

Daß nun in der Tat viel geschrieben, verwahrt und abgeholt ward; daß man sich wöchentlich auch regelmäßig im Park einige Mal sah, versteht sich von selbst. Daß man wegen des herannahenden Winters in Sorgen war, wo man auf abendlichen Lustgängen bei aller Glut der Herzen doch Hände, Ohren und Füße zu erfrieren Gefahr laufen hätte, läßt sich denken. Daß man auch von Niederschlagung des unseligen Prozesses sprach, der zwei Deutschen trennen sollte, die, ohne einander das Leben keine Handvoll Erde wert achteten; daß man über den Eigensinn der Lante Rosmarin klagte, einerseits sie nicht durch unbeliebige Schritte fränken wollte, andererseits sie durch den Spruch des Tribunals ins rechte Geleis zurückzuführen hoffte, war fast unmerklich. Beide Teile erwarteten also den glücklichen Ausgang des Scheidungsprozesses, und darauf die lieblichsten „Und so weiter“.

Hingegen war's auch eben so natürlich, daß Tantchen Rosmarin allerlei Ungraben witterte, wenn sie entweder Suschen bald im Entzücken schwimmen, bald still und weinerlich in sich versunken sah, oder wohl gar zuweilen hören mußte, wie Suschen auf die Gefahr hin, ein „großes Kind“ genannt zu werden, von „ihrem Manne“ sprach, und das immer mit einem sonderbaren Nachdruck in Stimme und Gebärde; wie sie sogar manchmal seine Fürsprecherin zu werden wagte, doch nur ganz leise, gleichsam als sollte Tantchen Rosmarin erst nach und nach an die ungewohnten und unbeliebten Töne gewöhnt werden; oder wenn Tantchen fast alle Abend vernahm, wie Suschen im Park sei, und wenn sie selbst, trotz aller Furcht vor Rheumatismen, ihr dann und wann nachschlich, doch Suschen nur allein fand.

Tantchen schüttelte den Kopf, und sagte zu ihrem Bruder: „Ach glaube, Herr Pfarrer, unsere kleine Baronin ist

verliebt.“ — Sie hatte es getroffen, aber an den Baron dachte die scharfsinnige Lante durchaus nicht: „Wir müssen das wunderliche, geheimnisvolle Kind doch beobachten; denn mit der Sache will sie nicht heraus. Das ist nun ein delikates Unterfangen; denn ich selbst bin etwas so schwerfällig, um der leichten Springerin alle Tage, die Gott werden läßt, im Park nachzujagen. Und du begreift, Herr Pfarrer, Domestiken mit solchem Auftrag zu beschäftigen, wäre gegen alle Würde und Ordnung. Und doch muß sie im Park beobachtet werden — denn dieser häufige Besuch desselben seit vierzehn Tagen muß gute Gründe haben.“

„Daß mich machen, Tantchen!“ sagte der Herr Pfarrer: „Daß du mich machen. Ich will den Park hüten, wie ein Förstläufer. Das muß heraus. Keiner schickt sich besser dazu, als ich.“

#### Des Pfarrers Abenteuer zu Wasser und zu Land.

Die Pläne wurden mit aller Feinheit entworfen. Man nahm gegen Suschen unbefangene Miene an, und gleich den folgenden Tag um Sonnenuntergang machte sich der Herr Pfarrer auf zum Spähen.

Er traf es in der Tat sehr glücklich, denn der Baron war wirklich den Tag im Park. Er traf es noch glücklicher, denn er ging von derjenigen Seite in den Park, wo derselbe an einen langen Hochwald stieß, und von woher der Baron einzufahren pflegte. Gewöhnlich stieg er da vom Pferde und gab es seinem Jäger zu hüten.

Der Jäger, vermutlich aus langer Weile, hatte diesmal das Pferd des Barons mit dem Bügel an einen jungen Birkenbaum gebunden, und war anderen Geschäften nachgezogen. Der Herr Pfarrer betrachtete das schön getaltete, prächtige Roß lange von allen Seiten, nicht freundlich mit dem Kopf, hand es los, und dachte: „Ich fühle es heim in unsern Stall; der Eigentümer wird sich schon melden, und dann ergibt sich das Uebrige. Wahrlich, wahrlich, ich sage euch, der Einfall ist pfiffig!“

Nur ein Umstand war widrig. Das Roß schien mit seinem Herrn in geheimem Einverständnis zu leben. Denn schlechterdings wollte es sich nicht am Bügel vorwärts ziehen

#### Eine Rettung der Kabinettsorder von 1820

versucht die „Tägliche Rundschau“ in ihrer Nummer vom Dienstagabend. Sie schreibt:

„In der badischen Zweiten Kammer hat der Minister des Innern erklärt, daß die Anordnungen der preussischen Kabinettsorder von 1820 in die Dienstverweisungen für badische Militär nicht aufgenommen seien, daß aber das Militär aus eigenem Recht einschreiten dürfe, wenn im Falle eines Auftrags die Zivilbehörde nicht imstande ist, die Hilfe des Militärs zu erbitten. Damit habe sich, wie der Minister hinzufügte, die preussische Militärbehörde einverstanden erklärt. Auf solche Fälle aber, wie sie der Minister v. Wobmen als Ausnahme hingestellt habe, beziehe sich auch die Kabinettsorder von 1820. Die Kabinettsorder besage, daß das Militär aus eigenem Recht einschreiten darf, wenn die Zivilbehörde nicht requirieren konnte, weil sie überwältigt war oder aus anderen Gründen außerstande gesetzt war, die Requisition zu erlassen. Ein Staat würde sich selbst aufgeben, wenn er derartige Bestimmungen nicht trafe. Aus diesem Grunde ist das, was die Kabinettsorder von 1820 in dieser Beziehung enthält, auch in Bayern und Württemberg ohne weiteres anerkannt. Darauf muß einmal hingewiesen werden, denn bisher ist weder in der badischen noch in der württembergischen Kammer dies bei der Besprechung der Kabinettsorder von 1820 ausgebracht worden. Ein Teil der Kabinettsorder von 1820 gilt also auch in Süddeutschland. Streiftig ist, wie das auch der Reichstagskanzler in seiner Rede vom 23. Januar ds. J. zugegeben hat, nur der Schluß der Kabinettsorder von 1820, der ein selbständiges Einschreiten des Militärs auch dann vorsieht, wenn die Zivilbehörde mit der Requisition zu lange ärgert. Auf diesen Satz der Kabinettsorder beziehen sich die Verhandlungen, die Preußen gegenwärtig mit Sachsen und den süddeutschen Staaten über eine gemeinsame Instruktion für das Militär führt. Was sonst die Kabinettsorder von 1820 enthält, mag in Süddeutschland nicht ausdrücklich eingeführt sein, aber es ist so selbstverständlich, daß es auch in Süddeutschland ohne weiteres Geltung hat. Es ist nun, wie wir erfahren, der Vorschlag gemacht worden, den letzten Satz, daß das Militär aus eigener Machtvollkommenheit auch einschreiten dürfe, wenn die Zivilbehörde zu lange ärgert, ganz zu streichen. Würde Preußen darauf eingehen, so ließe sich eine Verhängung über eine gemeinsame Instruktion leicht herbeiführen. Es ist aber anzufragen, daß Preußen den letzten Satz durch eine andere Bestimmung ersetzt sehen will, und über diese Bestimmung, die begreiflicherweise Schwierigkeiten bereitet, wird verhandelt.“

Das ist ein Schlag ins Gesicht für diejenigen Parteien, die die Zobern-Kommission und damit den Reichstag der Rächlichkeit preisgeben.

#### Eine neuer Zwischenfall in Straßburg.

Als am Sonntagabend ein Feldwebel mit seiner Frau auf der Straße spazieren ging, kam es zu einem Zusammenstoß mit einem Zivilisten, der sich dem Feldwebel als ein Leutnant der Reserve vorstellte. Im Laufe der Auseinandersetzung kam es dann zu Anfechtungen, worauf sich ein Unbeteiligter zur Hauptwache begab und dort Meldung über den Zusammenstoß des Feldwebels mit dem Zivilisten machte. Kurz Zeit darauf eilten zehn Soldaten im Laufschritt zu der Stelle hin; als sie ankamen, hatte sich die Anfechtung bereits gestreut, so daß die Soldaten keine Gelegenheit hatten, irgend einen der Zivilisten festzunehmen.

#### Nicht recht zu machen

Es ist den preussischen Behörden. Am 30. Januar fand in Düsseldorf eine große Arbeitlosendemonstration statt. Der Vorsitzende der Düsseldorfer Parteiorganisation, Genosse Verten, und der Vorsitzende des Gewerkschaftsrates, Genosse Agnes, wurden deshalb wegen Veranlassung eines nicht erlaubten öffentlichen Umzuges der Arbeitslosen angeklagt. Die gerichtliche Verhandlung fand am Montag statt. Beide Angeklagte wurden zu je 50 Mk. Geldstrafe verurteilt. In der Urteilsbegründung heißt es, daß der Nachweis dafür, daß die Angeklagten den Umzug veranstaltet hätten, nicht erbracht sei, von der Verurteilung der Angeklagten wären sie freizusprechen; dagegen sei erwiesen, daß Verten und Agnes sich bemühten, für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Sie seien also zwar nicht Veranlasser, aber Leiter des Demonstrationsumzuges gewesen und als solche zu bestrafen.

Der preussischen Justiz und Polizei ist nichts recht zu machen. Gätten die beiden Genossen nicht für Ruhe und

lassen; da half kein Streicheln und Schmeicheln, kein Fußsen kein Knipfen, es stellte die Vorderfüße vor und zog mit dem Kopf rückwärts.

„Freundchen“, sagte der Herr Pfarrer, „du bist zuletzt doch nur eine Bestie und hast hinter den Ohren keine Augen. Ich wette, du gehst gutwillig.“ Sprach, warf dem Pferde den Zaum über, und lettete auf des edlen Tieres Rücken, das geduldig alles mit sich tun ließ. Zwar seit dreißig Jahren hatte der gute Pfarrer nie ein Roß bestiegen — das heißt, seit den Univeritätsjahren — auch waren des Herrn Pfarrers Beine wohl um zwei Zoll zu kurz für die Steigbügel; allein, es galt ja nur einen Ritt von wenigen Minuten, und man mußte doch dem Tantchen Rosmarin zeigen, daß man, bei aller Theologie, den ritterlichen Künften keineswegs fremd geworden sei. Zudem war hier keine Gefahr im Bögen.

Er stieß also dem Pferde die Schuße in die Seite, und dieses, über solche Mißhandlung erschrocken, tanzte jogleich den Waldweg hin, über den Feldweg zur Landstraße nach gewohnter Weise, weil es seit mehreren Wochen mit dem Baron keinen anderen Weg gemacht hatte. Der Pfarrer, in Gefahr des Gleichgewichts zu verlieren, schlug aus billiger Vorsicht anfangs die Finger in die Kammbaare seines Bergasus. Da er sich aber plötzlich auf die Landstraße verließ, sah, statt unter Tantchens Fenster, verfuhrte er des Baumes mächtig zu werden. Ueber dieser Arbeit verlor er um ein Haar beide Steigbügel. In dem er sich derselben wieder versicherte, ließ er dem Bügel Ruhe. Diese abwesenden Versuche trieb er eine ganze Weile, und zwischen ein ermahnte er das feurige Roß mit mancherlei Rosen zum Stillstand. Doch vergebens. So, als er in der Verzweiflung den Bügel plötzlich an sich riß, während er mit den Beinen die Rippen des Pferdes fest umklammerte, fing dieses zu seinem großen Entsetzen an, auf Hinterfüßen umherzugehen, wie ein Mensch, und Kunststücke zu machen, an denen dem Herrn Pfarrer durchaus in diesem Augenblick nichts gelegen war.

(Fortsetzung folgt.)



Ordnung gefordert, dann wären Bestrafungen wegen Aufstörung erfolgt. Da sie die sehr staatsverhaltende Tätigkeit ausüben sollen, die große Menschenmasse in Ordnung zu halten und zu verhindern, daß die Ruhe gestört wird, werden sie auch bestraft.

**Völkisch-„Erzieher“.**

Die „Südd. Konj. Korr.“ beschäftigt sich mit der Frage, ob die Stadt Zabern bald wieder Militär erhalten, oder ob dauernd darauf verzichtet werden soll, wieder Soldaten nach Zabern zu legen. Sie kommt zu dem Resultat, daß es aus pädagogischen (!) Gründen geraten sei, Zabern keine Garnison dauernd zu entziehen. Es seien Entscheidungen in dieser Richtung vorzuziehen, wenn nicht im letzten Augenblick strategische Gründe die Erhaltung der Zaberner Garnison gebieterisch verlangten. Wenn die Zaberner Bevölkerung nicht willens sei, mit den Neumilitarisierung in Frieden zu leben, müsse ihr der volle Ernst der Situation in unabweidender Weise demonstriert werden.

Wir zweifeln nicht daß in der Zaberner Bevölkerung auch pädagogische Talente schlummern und daß, wenn man sie mit der Erziehung der Garnison strafen will, der Vorzettel kommt, dann auch nichts mehr für den Militarismus zu bezahlen. Mit diesem pädagogischen Mittel wäre der Reaktion ungleich besser beizukommen, als mit dem zeitweiligen Aufhängen gegen blutdürstige Wades-Feinde im Offiziersrock.

**Terrorismus.**

Als kleinen Beitrag zu der Denkschrift über die Ausschüsse des Koalitionsweins, die vom Reichskanzler dem Reichstag in Aussicht gestellt worden ist, stellen wir den folgenden Revers zur Verfügung, der von der Maschinenfabrik Aktien-Gesellschaft Geislingen in Württemberg jedem neu eintretenden Ingenieur zur Unterschrift vorgelegt wird:

„Der Unterzeichnete verpflichtet sich, während seiner Anwesenheit in der Maschinenfabrik-Aktiengesellschaft Geislingen dem R.A.B. (Bund der technisch-industriellen Beamten) nicht anzugehören.“

Von 21 Mitgliedern, die der genannte Bund bisher in der Fabrik hatte, sind bereits 12 hinausgekehrt. Es wird dem Kanzler einige Mühe kosten, einen solchen Rechtsraub als „sozialdemokratischen“ Terrorismus zu bezeichnen.

**Proteste gegen die Quertreiber.**

Eine von über 4000 Personen besuchte Zentrumsversammlung gegen die Quertreiber tagte am Sonntag in Köln. Viele Orte des Rheinlandes waren durch Delegationen vertreten. Der Hauptredner, Abg. Schmitt aus Mainz, erklärte, das Zentrum könne niemals eine konfessionelle katholische Partei sein, es sei als rein politische Partei geründet worden und müsse das bleiben. Eine konfessionelle Partei aus dem Zentrum zu machen, wäre ein Unglück für die katholische Kirche; denn dann unterstände das Zentrum den Anordnungen der kirchlichen Behörde. Heute händen die Bischöfe turmhoch über den politischen Streitigkeiten des Tages. Die Katholiken bezeichnen sich mit Stolz und Freude als ultramontan. Aus dem Munde des Gegners aber sei dies eine Beleidigung, weil es den Vorwurf enthalte, man bekomme seine politischen Direktiven aus Rom. Die Rede klang aus in scharfen Angriffen auf die Quertreiber.

Der zweite Redner, ein Rechtsanwalt, behandelte die Gewerkschaftsfrage. Die Fachabteilungen hätten nicht die geringsten Erfolge auf dem Gebiete der Bekämpfung des Umsturzes aufzuweisen, in ihren Reihen läßen sich nicht Freunde, die besser, sondern Feinde, die zerstören wollten. Am Schlusse der Versammlung wurde eine Resolution angenommen, die die Quertreiber scharf verurteilt und der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung Unterstützung verleiht.

In Heidelberg sprach Stegerwald zu demselben Thema, er versicherte, die christliche Gewerkschaftsbewegung habe allein in den letzten 14 Tagen rund 6000 neue Anhänger erhalten. — Wenn das auch derb übertrieben sein mag, wird doch so viel richtig sein, daß die interkonfessionellen Gewerkschaften durch die „Quertreiber“ bisher nicht geschädigt werden konnten.

**Dr. Göß verurteilt.**

Das vorjährige Deutsche Turnfest in Leipzig gab Anlaß zu einer interessanten Kritik der Deutschen Turner in Leipzig, und ganz besonders waren es die Leistungen der Deutschen Turner in gewissen verrufenen Straßen, die zur Kritik herausgefordert hatten. So hatte Professor Dr. Hartmann aus Leipzig in den „Mäßigkeitsblättern“ eine Satire dieser Seite des deutschen Turnfestes veröffentlicht. Dr. Göß verteidigte die Deutschen Turner frisch-fröhlich-frei. Die Folge war eine Anklage wegen Beleidigung, die am Samstag vor dem Schöffengericht in Leipzig zur Verhandlung kam. Dr. Göß sprach sein Bedauern darüber aus, daß sich das Gericht überhaupt mit der Sache beschäftigen müsse. Nur der Mangel an gutem Willen auf der Gegenseite habe einen Vergleich verhindert. Er sei seit 54 Jahren Vorsitzender der Deutschen Turnerschaft und auf ausdrückliche Aufforderung aus allen Kreisen der Turnerschaft habe er sich für verpflichtet gehalten, energisch gegen Dr. Hartmann aufzutreten. Dr. Hartmann verwarfte sich dagegen, daß er die Deutsche Turnerschaft mit seinem Artikel verunglimpft habe. Das Gericht verurteilte Dr. Göß wegen Beleidigung zu 60 Mk. Geldstrafe und sprach dem Kläger die Befugnis zu, das Urteil in der „Deutschen Turnzeitung“ zu veröffentlichen. Das Gericht billigte an und für sich den Schutz des § 193 Dr. Göß zu, in der Form sei er jedoch zu weit gegangen, deshalb müsse eine Bestrafung erfolgen. Als strafmildernd wurde in Betracht gezogen, daß er trotz seines hohen Alters noch unbedrückt sei.

**Die Folgen der Konfessionslosigkeit.**

In einem Artikel, den der christlich-soziale Abgeordnete Mumm in den „Reichsboten“ veröffentlicht, kommt er u. a. auf das bekannte Wort des Herrn Kirdorf zurück: „Die christliche Arbeiterbewegung ist schlimmer als die sozialdemokratische“. Man habe, sagt Herr Mumm, in diesem Wort nur den Ausdruck kurzschäftigen, einseitigen Unternehmungsgeistes gesehen, aber es liege doch für Herrn Kirdorf noch

ein anderer Grund zu einer solchen Bemerkung vor, nämlich der Gegensatz der Weltanschauung:

„Dieser Gegensatz der Weltanschauung kann eine bestirnte Großstadtmasse genau so zum „Massenstreik gegen die Landeskirche“ führen, wie sie in den Kreisen der Besitzenden schärfste Ausdrücke gegen eine Bewegung veranlaßt, die es wagt, sich christlich zu nennen. Herr Kirdorf ist aus der evangelischen Kirche ausgetreten und gehört keiner kirchlichen Gemeinschaft mehr an. Und Feindschaft von solcher Seite muß getragen werden, sie ehrt.“

Die Gegnerschaft des Großindustriellen Kirdorf gegen die christliche Arbeiterbewegung mit seinem Austritt aus der Landeskirche zu erklären, ist jedenfalls neu und originell. Vielleicht bringt es Herr Mumm auch noch fertig, bei dem Dissidenten positive Sympathien für die Sozialdemokratie nachzuweisen.

**1000 Kirchenaustritte in Hamburg**

find dem Vorgehen des dortigen Polizeipräsidenten zu verdanken, der die Plakatierung der Anzeigen mit dem Thema „Heraus aus der Kirche“ verbot, weil es zu „roh“ sei und die Standortenträger mit den Anzeigen verhaften ließ. Die dadurch entfallende Stimmung füllte die beiden Kirchenaustrittsveranstaltungen am 1. März in Hamburg so, daß Ungezählte keinen Einlaß mehr fanden und in langem Zuge durch die Stadt zogen, um eventuell noch in eine andere Versammlung zu gelangen. Die größte Heiterkeit erregte es, als in den Versammlungen Plakate vorgezeigt wurden, die zum Kirchenaustritt aufforderten und, in der Neuföllner Magistratsdruckerei gedruckt, jetzt eine Woche lang an den städtischen Anschlagstulen prangen. Der Erfolg der Versammlungen waren 1000 Kirchenaustritte.

**Ausland.**

**Frankreich.**

Die französischen Bergarbeiter bezw. der „Neue“ Verband der Bergarbeiter beschloß, die Arbeit am 3. März wieder aufzunehmen, nachdem das Parlament das Altersversicherungsgezet angenommen und die Regierung versprochen hat, dafür zu sorgen, daß ihm alle Bergarbeiter, Schieferbrudarbeiter usw. ohne Unterschied unterstellt werden. Die Bergarbeiter betrachten dieses Ergebnis als einen guten Erfolg angesichts des Umstandes, daß die Gewerkschaften des Nordens an dem Streik nicht teilnahmen, ihn vielmehr scharf bekämpften.

**Belgien.**

Das Frauen- und Kinderschutzgesetz in Belgien. Die Belgische Kammer nahm am Samstag das Gesetz, das die Frauen- und Kinderarbeit regelt, an. Die liberale Mehrheit der Kammer hat jedoch so viel Ausnahmen in der Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren zugelassen, daß dadurch der Nutzen des Gesetzes ziemlich ausgeglichen wird. Gen. Guhsmans wies nach, daß in Belgien 21 000 Kinder im Alter von 12—14 Jahren in Fabriken beschäftigt werden. Von den Arbeitsunfällen treffen 8 Prozent auf die Kinder unter 14 Jahren.

**England.**

Die aus Südafrika deportierten Arbeiterführer sind andauernd Gegenstand der begeisterten Ovationen der englischen Arbeiter. Am Freitag wohnten sie einer Kundgebung im Opernhaus bei, am Montag einer Demonstration im Hyde-Park, an der sich rund 4 Millionen Arbeiter beteiligten. In dem Demonstrationzuge durch die Straßen nahm eine Vertretung der neuen Organisation der Schulpflichtigen teil.

**Portugal.**

Die Organisation der portugiesischen Eisenbahner beschloß, den Streik vorläufig zu beenden, die Arbeit nach kurzer Zeit jedoch wieder niederzuliegen, wenn ihre Forderungen auf Wiedereinstellung der Gemahregelungen und Reform ihrer Alterspension nicht bald erfüllt werden. — Der Vorstand wandte sich in seinen Proklamationen entschieden gegen alle Versuche, die Organisation mit den Attentaten auf die Eisenbahn in Verbindung zu bringen.

**Badische Politik.**

**Bring Karneval im heiligen Lande.**

Wie stark in dem bekannten Wallfahrtsort Wallbörn heuer dem Bringen Karneval und dem Fastnachtsvergügen gehuligt wurde, davon gibt eine „warnende Stimme“ in einem dortigen Blatt einen Einblick. Es heißt da: „Schon seit Wochen folgten hier Vereinsfestlichkeiten aufeinander. Fastnacht ist hier nicht bloß der Tag vor Aschermittwoch, sondern schon der ganze Monat Februar. Jetzt reichen nicht mehr die Sonntage hin, jetzt will man auch die Nacht vom Samstag auf Sonntag dem Fastnachtsvergügen widmen, damit doch ja der Sonntag morgen entweicht wird. Wohin soll denn dieses Treiben noch führen? Ihr vernünftigen Männer und Frauen Wallbürens, macht eure Augen auf und verhindert, so viel an euch liegt, dieses gottentfremdende Treiben, das zum Ruin der Sittlichkeit, der Religiosität und des zeitlichen Wohlfandes führt.“

Wenn solche Dinge im heiligen Wallbüren konstatiert werden, dann kann die Zentrumspreffe ihre ständigen heuchlerisch-erlogenen Entrüstungsartikel über die Sittenverderbnis und mangelnde Religiosität der großen Städte sparen. Wir sind neugierig, mit welchen Argumenten der „Bad. Beobachter“ den Einbruch des Teufels Bitru im geweihten Pferch entschuldigt.

**Badischer Landtag.**

In der gestrigen Sitzung wurde in der Beratung des Justizetats fortgeschritten. Von den Rednern der verschiedenen Parteien wurde eine Reihe Wünsche vorgebracht, so namens des Zentrums durch den Abgeordneten Wittenmann, für die Fortschrittler durch Herrn Dr. Gönner und für die Konserverativen durch Herrn Van Schabach. In längeren Ausführungen ging Staatsminister v. Dusch auf die verschiedenen Anregungen ein, worauf sich das Haus auf heute vertagte.

\*

**40. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer.**

gr. Karlsruhe, 4. März. Präsident Rohrbach eröffnete die Sitzung um 9.25 Uhr. Am Regierungstisch: Minister v. Dusch und Kommissäre.

**Justizverwaltung und Strafanstalten.**

Abg. Wittenmann (Zentr.): Wir werden den verschiedenen Neuanforderungen zustimmen. Da die Geschäfte der Amtsanwälte immer größer werden, so wären wir bereit, die eine oder andere etatsmäßige Stelle für diese zu genehmigen. Die Landgerichte in Mosbach und Badstut können unmöglich aufgehoben werden. Für die Schreibbeamtinnen müssen mehr etatsmäßige Stellen geschaffen werden. Ich möchte wünschen, daß im Hinblick auf den Fall Stritt die Bestrebungen des Richtervereins mehr Erfolg haben. Den älteren Richtern sollte mehr als vier Wochen Urlaub gewährt werden. Es ist dies auch zur Orientierung in der neueren Literatur nötig. Die Gehaltsverhältnisse der Richter sind nicht glänzend. Bei den Verletzungen könnte etwas mehr Oekonomie getrieben werden. Die Bestrebungen, die dazu dienen, die Volkshörbarkeit der Richter zu heben, sind im Wachsen begriffen. Der Vorwurf einer Klassenjustiz ist für unser Land zurückzuführen. Auch ich möchte mich gegen den numerus clausus aussprechen. Das Gymnasium ist kein Prüfstein für die spätere Entwicklung. Die Einsetzung eines Probejahres nach dem 3. oder 4. Semester ist zu befürworten. Das Studium auf den Universitäten muß einen stärkeren wirtschaftlichen und sozialen Einschlag erhalten und in nähere Verbindung mit der praktischen Rechtspflege treten. Die Abnahme der Doktorzucht ist erfreulich. Die Frage der Notariate sollte einheitlich geregelt werden. Bezüglich des Verhältnisses zwischen Rechtsanwälten und Richtern möchte ich mich den Ausführungen des Abg. Dr. Frank an. Eine Abänderung der Rechtsanwaltsgebühren läßt sich schwer durchführen. Bei einer eventuellen Reform muß man sich an das österreichische Vorbild, vor allem hinsichtlich der Vorkermine, halten. Eine neue Zivilprozessordnung, die die Zersplitterung behebt, ist nötig. Der Schutz der Gläubiger gegen böswillige Schuldner muß im Auge behalten werden. Bei der Eintragung der Vereine auf Grund des Vereinsgesetzes sollten einheitliche Bestrebungen bestehen. Der von Dr. Frank gewünschten Deraufhebung des unpfändbaren Einkommens stimme ich zu. Aber es muß auch ein Schutz gegen die 1500 Mk.-Verträge, besonders bei Realtekuren, geschaffen werden. Für die Sicherheit des Grund und Bodens muß unter allen Umständen dadurch gesorgt werden, daß den Grundbüchern sorgfältige Beachtung geschenkt wird. Die Jugendgerichtspflege muß eine pädagogische sein. Bei der Jugend muß das religiöse Moment mehr hervortreten; dann wird die Jugendpflege besser werden. Die Unterstützung der Berliner Zentrale zur Bekämpfung unzüchtiger Schriften begrüßen wir. Es wäre zu wünschen, wenn die Fragen an die Geschworenen besser gestellt würden, als es jetzt geschieht. Manche Freisprechung erfolgt, weil die Geschworenen die Fragen nicht verstanden. Was Kollege Frank über das Pollardsystem sagte, möchte ich unterstützen. Unsere Gefängnisordnung muß anerkannt werden.

Abg. Dr. Gönner (F. Vp.): Mit dem Tempo unserer Gesetzgebungspolitik braucht man nicht immer einverstanden zu sein. Die Kreditnot verdient Beachtung. Sowohl von den Schuldnern, wie von den Gläubigern wird geklagt. Besonders gilt dies bezüglich der Verträge. Bei den 1500 Mk.-Verträgen kommen viele Scheinverträge von Leuten vor, die mit goldener Kette und Pfänder herumlaufen. Die persönlichen Verhältnisse werden bei diesem Gesetz nicht berücksichtigt. Unsere Gesetze weisen viele Mängel auf, da sie vorzugsweise den materiellen Standpunkt berücksichtigen. Den guten Juristen macht nicht das gute Abiturientenzeugnis. Die Idee Wittenmanns von einem praktischen Jahr halte ich nicht für glücklich. Ich möchte auf ein gewisses Recht auf Unwissenheit im ersten Examen plädieren. Die Reformbestrebungen der sog. Freirechtsschule haben große Bedeutung, besonders in Hinsicht auf die Zeugenausagen. Der Fall Stritt hat in Richterkreisen große Erregung hervorgerufen. Zu wünschen ist, daß das Verhältnis zwischen Richtern und Anwälten nicht getrübt wird. Der Optimismus des Abg. Wittenmann über den Wert des Vorkermine scheint mir nicht zu stimmen. Der Lohnsatz der Rechtsanwälte sollte erhöht werden. Die Kriminalpolizei sollte nicht im Ministerium des Innern reorganisiert werden. Unsere Staatsanwaltschaften sollten selbstständig gemacht werden. Die vielen Strafen bei der Jugend sind nicht nötig. Die erzieherische Wirkung des Pollardsystems ist von größter Bedeutung. In unserem Rechtswesen herrschen begrüßenswerte Zustände.

Abg. Van Schabach (Konf.): Die Rede des Herrn Gönner hat an einzelnen Stellen konfessorisch geklungen; besonders als er sagte, daß heute einer die Seele des Kindes vergiften könnte, ohne daß man ihm etwas anhaben könnte. Der juristische Apparat ist sehr kompliziert. Unsere Gesetzgebung ist zu wenig mit christlichem Geiste durchdrungen. Die Unterstützung mancher juristischer Schriftstücke ist unferlich, gerade ob eine Fliege in ein Tintenfäß fiel. Der „Türmer“ ist keine konfessorische Zeitschrift, sondern im demokratisch oder sozialdemokratischen Geiste gehalten.

Staatsminister v. Dusch: Es sind in erster Linie Fragen der Gesetzgebung behandelt worden. Bei der Verminderung der Richterstellen am Landgericht muß man mit großer Vorsicht vorgehen. In die Aufhebung der Landgerichte in Mosbach und Badstut wird nicht gedacht. Es ist anzunehmen, daß die Kammer für Handelsachen in Offenburg genügend Beschäftigung bekommen wird. Die Regierung ist befreit, die Bibliothek der Gerichte auf einen würdigen Zustand zu bringen. Die Frage des Federgeldes liegt anders als Abg. Wittenmann meinte. Die Streitfrage des numerus clausus ist eine alte. Die bisherigen Vorschläge hierzu genügen nicht. Für die Regierung ist durchschlagend, daß sie dafür sorgen muß, daß die Assessoren nicht in ein Alter kommen, daß sie mihütig werden. Wir müssen daher eine Grenze setzen. Weiter wurde zum numerus clausus der Assessoren angeführt, daß ein gar zu langsames Vorrücken bürokratisch sei. Wir haben eine Reihe Juristen aus kleinen und mittleren Verhältnissen. Jedenfalls ist es sehr schwer, beim Abiturientenexamen zu sagen, ob jemand für einen höheren Staatsberuf taugt. Strenge tut allerdings not. Die Mitteilung an die Abiturienten, daß der Juristenberuf überfüllt sei, hatte wenig Wirkung. Der Vorschlag, schon in den Mittelschulen größere Strenge walten zu lassen und mehr Platz für die Begabten zu schaffen, ist schwierig durchzuführen. Gleiches gilt vom Probejahr. Man sollte nicht nur die Praxis berücksichtigen, sondern sollte versuchen, die späteren Juristen auch theoretisch entsprechend zu schulen. Mit der Frage des numerus clausus der Assessoren steht der numerus clausus der Rechtsanwälte in Verbindung. Numerus clausus und freie Advokatur bilden keinen Widerspruch. Die freie Advokatur kann trotzdem weiterbestehen. Diese Fragen berühren uns jedoch nicht direkt.

Werkwürdig berührt, daß wenn jemand von Gesetzesfraktion spricht, er stets schon eine Reihe neuer Gesetze in der Tasche hat. Es wurde verschiedentlich eine Verschleppung des Reichs-Itafesetzes gewünscht. Es ist anzunehmen, daß in nicht allzuferner Zeit ein solcher Entwurf vorgelegt wird. Abg. Dr. Frank sprach davon, daß in das Gesetz keine Verschleppungen für die Arbeiter bei der Frage der Arbeitswilligen hineinbringen sollen. Ueber ein Gesetz, das noch nicht entworfen ist, läßt sich noch nichts sagen. Jedenfalls wird die Regierung genau prüfen, was für unsere Zeit und für unsere wirtschaftlichen Verhältnisse nötig ist. Richter und Staatsanwalt sind bemüht, bei den Jugendgerichten human zu verfahren. Verschiedentlich wurde gewünscht, daß die bedingte Begnadigung durch die bedingte Verurteilung ersetzt wird. Der ganze Zug unserer Zeit geht auf die bedingte Verurteilung hin. Wir wollen uns dem nicht entgegenstellen; wenn auch nur ganz

Seite 2.  
die Mitgliedschaft  
übertragung  
schen. Bei der  
Arbeit durch  
den aber alle  
Lebewesen im  
unde bei 1000  
auf die noch  
der Mensch  
oten das freie  
die Kirchen  
früher die  
attung vorge  
eute geschick  
ei lebendig  
achdruck dor  
Eitte sei, so  
Württemberg  
tätet werden.  
die bei die  
jüdische Eitte  
Frieden“ ih  
e sich mit ex  
trimmeln in  
so daß man  
uerbestattung  
men, während  
e abgehärtete  
unterdrückt  
ebhaften Bei  
sam, daß die  
ittungswertig  
igte nun noch  
er Feuer  
ttung bei den  
nen schon die  
engräber, die  
Der Redner  
verschiedener  
durch Ein  
n zum Fort  
d.



gewichtige Gründe eine Aenderung des jetzigen Zustandes bewirken können. Was das Pollardsystem betrifft, so halte ich es für fraglich, ob viele der begangenen Defizite in die Reihe des Pollardsystems fallen. Ich möchte daher bezweifeln, ob bei uns das System großen praktischen Wert hat. Die Anregungen werden wir jedenfalls sorgfältig prüfen und wenn irgend möglich, die Wünsche berücksichtigen. Die Zahl der Vergütungen übersteigt weit die Frage der Abweisungen. Die Zivilprozessordnung, die ein völlig neues Gebiet darstellt, wird nicht so schnell kommen. Eine Aenderung ist hier jedenfalls nicht dringend. Die erwähnte österreichische Zivilprozessordnung hat auch mancherlei Bedenken. Wie die Interessen zwischen Anwälten und Klienten gegenseitig ausgeglichen werden sollen, läßt sich schwierig sagen. Jedenfalls ist eine Aenderung der Rechtsanwaltsgebühren nötig. Der Gedanke einer teilweisen Aufhebung des Anwaltszwanges ist sehr populär. Es wäre jedoch im Interesse einer geordneten Rechtsprechung sehr gefährlich, hier eine Aenderung vorzunehmen. Die Einführung der Gebühren für Schöffen und Geschworene wurde auch von der badischen Regierung befürwortet. Ein Bedürfnis, die Unabhängigkeit der Richter stärker zu garantieren, liegt bei uns nicht vor. Mit Urlaub sind die Richter nicht schlecht bestellt. Die Verlegung der Richter erfolgt in schonender Weise; sie können daher ihre Wohnung rechtzeitig kündigen. Die Richterstellen werden immer rechtzeitig für die Interessenten ausgeschrieben. Die Staatsanwälte arbeiten bei uns durchweg selbständig. Zugabe ist, daß die Fragestellung an die Geschworenen manchmal sehr zweifelhaft ist. Die Sache läßt sich jedoch schwer regeln. Wir sind bestrebt, bei der Führung der Strafregister eine nicht zu strenge, jedoch auch nicht zu milde Handhabung anzuwenden. Bezüglich der Frage des unpfändbaren Einkommens beschäftigt sich die Regierung den Anregungen nicht. Was das Hinterlegungs-gesetz betrifft, so kann man es nicht schon wieder ändern, nachdem es erst mit Mühe geschaffen wurde. In der Frage der Gemeindegerechtigbarkeit wurden in letzter Zeit eine Reihe Verfügungen erlassen. Die Kriminalpolizei untersteht der Staatsanwaltschaft. Die Organisation der Kriminalpolizei ist bei uns eine sehr zweckmäßige. Den von Abg. Dr. Franke beregten Fall eines Strafgefangenen werde ich verfolgen. Die Verzögerungen im Verkehr der Anwälte mit den Klienten in den Gefängnissen liegt in den gesetzlichen Bestimmungen. Wir sind jedoch bemüht, diesen Verkehr möglichst zu fördern. Die Richter sind bemüht, die Verzögerungen nicht auf erschwerende Weise zu durchbrechen. Jemand, der in der Praxis des Lebens Erfahrung hat, wird sich bei Jugendvernehmungen ohne Theorie zurechtfinden. Beim Fall Stritt ist zu berücksichtigen, daß er früher 8 Jahre lang Beamter war. Es ist daher unbegründet, dieselben einen Vorwurf gegen die Justizverwaltung zu erheben. Kein Richter wird ohne Anweisung des Oberlandesgerichtes angestellt. Die Amtsanwälte können nicht etatsmäßig gemacht werden; sobald jedoch Ausnahmestellen notwendig werden, werden wir sie in ständige Stellen umwandeln. Nicht mit Unrecht wird von den mittleren Beamten darüber geklagt, daß Stellen, die sie bekleiden könnten, durch Adminkemler ausgefüllt wurden. Eine Aktion gegen die Grundbücher ist nicht im Gange.

Abg. Wittenmann (Zentr.) stellt in einer persönlichen Bemerkung richtig, daß er habe sagen wollen, bei den Jugendgerichtshöfen dürfe der Gedanke an Ruhe und Sühne nicht ins Hintertreffen geraten.  
Eingegangen ist eine Petition mehrerer Handwerksmeister in Offenburg, die Vergabung von Arbeiten bei Staatsbetrieben betreffend.  
Nächste Sitzung: Donnerstag vormittag 9 1/2 Uhr. Tagesordnung: Justizdebatte.  
Schluß der Sitzung: 1 Uhr.

### Jugendbewegung.

**Zum Kampfe gegen die Arbeiterjugend.**  
Am Schluß einer unpolitischen Versammlung der Bauarbeiterjugend in Zeit hatte ein Bauarbeiter zum Singen eines Arbeiterliedes aufgefordert. Der überwachende Polizeikommissar sah hierin die Veranstaltung einer politisch nicht angemeldeten politischen Versammlung, und der „Veranstalter“ dieser „politischen Versammlung“ wurde in eine Polizeistrafe genommen, die auch das Schöffengericht bestätigte. Die Strafkammer zu Rastatt hob jedoch das Urteil auf. Mit Recht wies der Verteidiger des Angeklagten in seinem Waidoyer darauf hin, daß, wenn das schöffengerichtliche Urteil Rechtskraft erlangen würde, dann jeder Arbeitergefangener als politisch erklärt werden könnte.

### Deutscher Reichstag.

Berlin, 4. März.  
Am Bundesratssitz befindet sich Staatssekretär Kräfte und Kriegsminister Falkenhayn.  
Präsident Dr. Kämpf eröffnet die Sitzung um 1.19 Uhr.  
Die Genehmigung zur Einleitung einer Privatklage gegen die Abg. Bruhn (L. Vgg.) und Bod (Soz.) wegen Verleumdung wird nicht erteilt. Es folgt die Interpellation des Zentrums betr. das Offiziersabw. in Metz.  
Kriegsminister v. Falkenhayn erklärte sich auf Befragen durch den Präsidenten bereit, die Interpellation im Laufe der nächsten Woche zu beantworten. Damit ist dieser Gegenstand für heute erledigt.  
Sodann werden die noch ausstehenden Bestimmungen zum Marine- und Reichseisenbahnetat vorgenommen. Der Titel zum Marineetat, betreffend die Offiziersspitzenzahl in Kiel, wird gegen die Stimmen der Rechten, der Nationalliberalen und der zwei Fortschrittler Dr. Struve und Wartisch abgelehnt. Der Antrag der Elsäßer zum Etat der Reichseisenbahnen, betreffend den Ausbau der elsaß-lothringischen Nebenbahnen wird zurückgezogen und der Titel betreffend den Ausbau der Strecke Straßburg-Basel und der Ried-Hardtahn nach den Beschlüssen der Kommission angenommen.  
Hierauf wird die zweite Beratung des Postetats fortgesetzt.  
Abg. Dietz-Konstant (Zentr.): Wir wollen der Postverwaltung volle Anerkennung, doch wünschen wir Besserung der noch recht mangelhaften Telephonverhältnisse im badischen Oberland. Die Landposten müssen mehr mit Automobilbetrieb ausgerüstet werden. Dadurch würde auch dem Touristenverkehr sehr gebiet werden. Dadurch würde auch dem Touristenverkehr mehr wie bisher zu errichtende Postgebäude von Bauunternehmern am Ort herstellen lassen. Wir bekräftigen die Erhöhung der Bezüge der Postbeamten. Die Herabsetzung der wöchentlichen Dienststunden und eine Erweiterung des Erholungsurlaubes der unteren Postbeamten kann nur empfohlen werden.  
Staatssekretär Kräfte: Daß bei uns der Automobilverkehr im Postwesen weniger ausgebildet ist als in Bayern ist richtig. Die dortige Postverwaltung ist aber verbunden mit der Eisenbahnverwaltung. Das Automobil ersetzt dort die Kleinbahnen. In Baden und Pfalz sollen die Automobildienste von der zu-

ständig Landesbehörde ausgewählt werden. Den Nebenstellen im postlagernden Verkehr wollen wir abhelfen. Die Ermittlungen sind aber noch nicht zum Abschluß gekommen. Was die Errichtung von Gebäuden zur Unterbringung von Unterbeamten in großen Städten anlangt, so werden jährlich große Summen zu diesem Zweck eingestellt. Eine weitere Ausdehnung des Druckverkehres ist nicht möglich. Wir wollen auch schließlich die Postarten nicht völlig verdrängen.

Abg. Jaffer (Natf.): Die Lohnverhältnisse der Straßenarbeiter müssen verbessert werden. Bei auswärtiger Beschäftigung müßten angemessene Zulagen gewährt werden. Das Gleiche gilt von den Lohnverhältnissen der Handwerker bei der Post und ebenfalls der Telegraphenarbeiter. Die Postverwaltung sollte sich nicht länger gegen den Wunsch der Telegraphenarbeiter sträuben, in das Beamtenverhältnis befördert zu werden. Wünschenwert ist die Errichtung einer Pensionskasse für die nicht im Beamtenverhältnis stehenden Angestellten der Post.

Abg. Gubrid (Zentr.): In dem Scheitern der Fernsprechgebührenerhöhung ist nicht die Fortschritt. Volkspartei schuld, sondern die Bestimmungen des Entwurfs, durch die wir die Verkehrsbedürfnisse der Städte, des Handels und der Industrie bedroht sehen. Die Markenerkäuferinnen sollten auf 8 M. pro Kopf aufgebessert werden. Die Aufbesserung der Postagenten begrüßen wir. Die dienstliche Inanspruchnahme der Postagenten ist zu vermindern, als daß eine einseitige Gehaltsaufbesserung gewährt werden. Die Landbriefträger müßten besser gestellt werden: Die Bezüge der Postkassierer entsprechen nicht den Ansprüchen der Zeit. Die Postdirektoren sollten den Rang der Räte 4. Klasse und die Leiter der Postämter 8. Klasse sollten den Vorbehaltsstellen bekommen. Eine 11stündige Dienstzeit der Unterbeamten ist unzulässig. Die Gegenseitigkeit des Staatssekretärs gegen den Koalitionsgebeten hat dazu geführt, daß die höheren Postbeamten sich, wenn auch geheim, zusammenschließen haben. Die Sicherung der staatsbürgerlichen Rechte der Postbeamten ist unsere vornehmste Aufgabe. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Gaege (Elsäßer): Im Falle Zabern hat sich der Staatssekretär nicht schuldig vor seine Beamten gestellt. Der Zaberner Postdirektor ist einer der wenigen Elsäßer im höheren Postdienst. Dadurch bekommt die Sache für uns einen ganz besonderen Beigeschmack. Die Elsäßer werden bei der Besetzung der mittleren und hohen Postbeamtenstellen nicht genügend berücksichtigt. Ein Postassistent in Zabern, der ein preußenfeindliches Lied gesungen haben soll, ist trotz entlastender Aussagen strafverurteilt worden. Der Staatssekretär sollte das geschehene Unrecht wieder gut machen. Den von dem Redner geäußerten Wünschen schließen wir uns an.

Staatssekretär Kräfte: Ueber den Fall Zabern habe ich mich schon genügend geäußert. Ich muß dem Redner aber entschieden entgegenstellen, wenn er behauptet, daß das Vorgehen gegen den Vorleser des Zaberner Postamtes darauf zurückzuführen sei, daß der betreffende Beamte ein Elsäßer sei. Der Fall des verurteilten Beamten ist mir nicht bekannt. Ich kann darüber nichts sagen.

Abg. Roste (Soz.):  
In der Postverwaltung sind zahlreiche Mißstände zu rügen. Daß der Staatssekretär kein Verständnis für die Verkehrsbedürfnisse besitzt, das beweisen seine Darlegungen zur Fernsprechgebührenerhöhung. Der Herabsetzung der Dienststunden und einer Erleichterung des Erholungsurlaubes stimmen wir zu. Zu der Zaberner Affäre hätte der Staatssekretär eine ganz andere Note halten müssen. Mit keiner Silbe hat er die Beamten entschuldigt. Auch bezüglich der Kronprinzenepische sind die Beamten angegriffen und es ist ihnen Bruch des Dienstgeheimnisses vorgeworfen worden. Der Staatssekretär hat sich aber nicht gerührt.

Abg. Ruchhoff (Zentr.): Angesichts der vorliegenden Besoldungsliste wollen wir auf die Beamtenwünsche nicht eingehen und unsere Forderungen an anderer Stelle vorbringen. Eine Verteuerung der Telephongebühren wollen wir nicht herbeiführen. Die Postlagergebühren müssen unter allen Umständen beibehalten werden. Die Postlage der Postankassieren führt zu Mißständen. Das Petitionsrecht der Beamten darf nicht eingeschränkt werden. Das Vertrauen zwischen der Verwaltung und den Beamten ist das Ziel, das wir erstreben.  
Staatssekretär Kräfte: Mein Vorwurf, daß die Sozialdemokratie falsche Beschuldigungen nicht zurücknehme, ist durch frühere Vorgänge begründet. Ich muß daher meine Ausführungen aufrecht erhalten.

Abg. Dr. Dertel (Natf.): Bezüglich Zaberns ist der Standpunkt des Staatssekretärs einwandfrei. Den Staatssekretär bitte ich, den Durchschmitt der Bezüge der Postagenten in dem nächsten Etat höher einzusetzen. Ich habe nicht gesagt, daß die Fernsprechgebühren für die großen Städte verteuert werden sollen. Nach meinem Standpunkt müssen Leistung und Gegenleistung einander entsprechen.

Abg. Dr. Struve (F. V.): Ueber das Verhalten des Staatssekretärs in der Kommission betreffend Zabern war ich erstaunt, erlaunter aber noch über seine Haltung hier im Plenum. Wenn Oberst von Reuter sich die sonst unerklärlichen Sympathien erworben hat, so liegt das daran, daß er rüchellos für seine Untergebenen eintrat. Das hätte der Staatssekretär auch tun sollen. Das Dementi der Postbehörde hat festgestellt, daß es sich um zwei kurze Zeit zurückgehaltene Karten handelte. Höchstens liegt ein Versehen vor. Das hätte der Staatssekretär hier betonen müssen. Oder hat die Postdirektion in Straßburg Fehler gemacht?

Staatssekretär Kräfte: Die letzte Anweisung ist eine Insinuation. (Unruhe links.) Es handelte sich nicht um zwei, sondern um sehr viele Sendungen, die dem Obersten von Reuter zugestellt wurden und die sehr beleidigend waren. (Vizepräsident Dove): Das Wort „Insinuation“ ist nach parlamentarischen Gebrauch unzulässig. Im übrigen geben die Anweisungen des Abgeordneten Struve keinen Anlaß zu einer solchen Bemerkung.

Abg. Gaege (Soz.):  
Der Abg. Gaege hat bei seiner damaligen Behauptung lobal gehandelt. Es hat sich herausgestellt, daß tatsächlich ein Beamter die Abnommenliste der „Steigerzeitung“ herausgegeben hat. Der Staatssekretär hat auch nicht einmal den Laskenbestand richtig dargestellt als er den 10 Jahre zurückliegenden Fall erwähnte. Tatsächlich war damals festgestellt, daß von der russischen Regierung ein Spionkessel in Berlin unterhalten wurde. Ich habe mich damals nur gegen die Spindel gewandt, nicht gegen einzelne Postbeamte. Aber das scheint der Staatssekretär nicht verstanden zu haben; es gibt eben Menschen, die einer Entlohnung nicht fähig sind. (Vizepräsident Dove rügt diesen Ausdruck.)

Staatssekretär Kräfte: Es bleibt bestehen, daß der Abgeordnete Gaege damals den Vorwurf erhoben hat, daß ein an eine russische Studentin gerichteter Brief auf der Post geöffnet worden ist. Damit allein habe ich mich in meiner Erklärung beschäftigt. Es handelt sich nur darum, daß der Abgeordnete Gaege damals diesen Vorwurf hier erhoben hat ohne ihn zurückzunehmen. (Anhaltende Unruhe.)

Abg. Dr. Schatz (El.-Loth.): Die Postankassieren müssen in ihrem schweren Daseinskampf gestützt werden.  
Abg. Dr. Struve (F. V.): Von den Anschuldigungen der „Kreuzzeitung“, die die Möglichkeit des Hochverrats bei den Zaberner Postbeamten zuläßt, hat der Staatssekretär keine Notiz genommen.

Staatssekretär Kräfte: Ich kann nichts anderes sagen, als was ich gesagt habe. (Lachen.) Nach den Zeitungsmeldungen hat Oberst von Reuter gesagt, es seien so und so viele Briefe und Postkarten mit beleidigendem Inhalt bestellt worden. Das Protokoll liegt noch nicht vor. Nach den Mitteilungen der Postdirektion Straßburg soll Oberst von Reuter seine Aussagen nicht so gemeint haben. Direkte Verleumdungen haben die Schlussfolgerungen der Zeitungsartikel nicht enthalten. (Zuruf: Hochverrat!) Verleumdungen von Beamten sind tatsächlich vorgekommen. Wer aber und wie er bestraft worden ist, darüber kann selbstverständlich nichts gesagt werden.  
Damit schließt die Diskussion.

Abg. Gaege (Soz.)  
bemerkte persönlich: Der Staatssekretär hat sich inkorrekt benommen und da wirft er uns Unschärflichkeit vor. Nach seinen Ausführungen kann man ermeinen, wie weit das Maß seiner Gewissenhaftigkeit geht. (Präsident Dr. Kämpf ruft den Redner zur Ordnung.)

Staatssekretär Kräfte: Ich muß zugeben, daß ich mich beim Verlesen der Ausführungen des Abgeordneten Gaege im Datum geirrt habe. Den Vorwurf aber hat Herr Gaege nicht zurückgenommen. (Zuruf: Kann doch auch nicht widerrufen werden, ist doch wahr!) Wegen diesen allgemeinen Vorwurf habe ich mich gewandt.  
Die Diskussion ist damit wieder eröffnet.

Abg. Gaege (Soz.):  
Zwischen der Anschauung des Staatssekretärs und uns besteht eine gewaltige Kluft. Was ich vorgetragen habe, entspricht der Wahrheit.  
Damit schließt die Diskussion.  
Das Gehalt des Staatssekretärs wird bewilligt.  
Nach Annahme der Resolution der Volkspartei wird Beratung beschloffen.  
Die Abstimmung über die Ostmarkenzulage wird morgen namentlich erfolgen.  
Nächste Sitzung morgen nachmittag 1 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Beratung, Postgesetz, Reichscolonialamt und Schutzgebiete.  
Schluß nach 1/2 11 Uhr.

Berlin, 4. März. Die Wahlprüfungskommission des Reichstages beschloß in ihrer heutigen Sitzung die Wahl des Abgeordneten Hösch (Natf.) Magdeburg 2 — Wahlkreis Stendal-Osternburg — mit 8 gegen 6 Stimmen für ungültig zu erklären.

### Gewerkschaftliches.

Der Streik bei Duderhoff und Widmann in Karlsruhe dauert unverändert weiter an den Tiefbaustellen in der Durlacherallee und in Weierheim. Zugung ist noch immer ferngehalten. Arbeiterfreundliche Mütter werden um Abbruch gebeten.

### Aus der Partei. Zur roten Woche

wird die Genossin B. Ludwig aus Reichenbach in Sadelfen in folgenden Orten öffentliche Versammlungen abhalten:  
In Sillingen: Freitag, 6. März, abends 8 1/2 Uhr, im Gasthaus zum „Grünen Baum“.  
In Dillstein: Samstag, 7. März, abends 8 1/2 Uhr, im Gasthaus zur „Linde“.  
In Durlach: Sonntag, 8. März, nachm. 3 Uhr, im Gasthaus zum „Laimm“.  
In Offenburg: Sonntag, 8. März, abends 8 Uhr, im Gasthaus zur „Neuen Falz“.  
In Grünwettersbach: Montag, 9. März, abends 8 1/2 Uhr, im Gasthaus zum „Adler“.  
In Auer: Dienstag, 10. März, abends 8 1/2 Uhr, im Gasthaus zur „Blume“.  
In Ottenau: Donnerstag, 12. März, abends 8 1/2 Uhr, im Gasthaus zum „Strauch“.  
In Kleinfeld: Freitag, 13. März, abends 8 1/2 Uhr, im Gasthaus zum „Döhlen“.  
In Verghausen: Samstag, 14. März, abends 8 1/2 Uhr, im Gasthaus zur „Kanne“.  
In Weingarten: Sonntag, 15. März, nachm. 4 Uhr, im Gasthaus zum „Röfle“.  
In Grödingen: Sonntag, 15. März, abends 8 Uhr, im Gasthaus zum „Löwen“.  
In Etlingen: Montag, 16. März, abends 8 1/2 Uhr, in der Restauration Traut.

Außerdem finden am Sonntag, 8. März Versammlungen statt:  
In Karlsruhe: vorm. 10 Uhr, in der Festhalle. Referent: Genossin Buzenburger-Derlin.  
In W. Neureuth: nachm. 3 Uhr im „Feldschlößchen“. Referent: Gen. Depert-Etlingen.  
In Wirm: abends 6 Uhr im „Adven“. Referent: Landtagsabg. Weber-Durlach.  
In Brudsfal: abends 8 Uhr in der „Falz“. Referent: Genossin Görnel-Stuttgart.  
In Dietlingen: nachm. 4 1/2 Uhr im „Waldhorn“. Referent: Stadtrat Eugen Geck-Karlsruhe.  
In Forchheim: nachm. 2 Uhr in der „Kotalbahn“. Referent: Redakteur Schübeler-Pforzheim.  
In Sagsfeld: nachm. 3 Uhr im „Bühnenhof“. Referent: Genossin Görnel-Stuttgart.  
In Ertingen: abends 7 1/2 Uhr im „Engel“. Referent: Genossin S. Haring-Stuttgart.  
In Müppurr: abends 7 Uhr im „Eichhorn“. Referent: Redakteur Schübeler-Pforzheim.  
In Niefern: nachm. 2 Uhr in der „Linde“. Referent: Genossin L. Haring-Stuttgart.  
Thema in allen Versammlungen, mit Ausnahme von Karlsruhe: „Lebensfragen des Deutschen Volkes“.  
Genossen und Genossinnen allerorts! Sorgt durch rege Agitation dafür, daß der 8. März überall einen guten Anhang der Agitationswoche wird.  
Das Parteisekretariat: gez. Trinkl.

**Werfet gelezene Nummern nicht weg, sondern gebt sie zur Agitation weiter.**



# Gegen den Militarismus! Für die Volksfreiheit!

So lautet das Thema, über das Genossin Rosa Luxemburg am nächsten Sonntag morgen in der „Festhalle“ in Karlsruhe sprechen wird. Genossinnen und Genossen, sorgt für Massenbesuch!

W. D. Piffius gestorben. Aus Frankfurt a. M. kommt die Nachricht, daß der den älteren Parteigenossen aus seiner langjährigen hiesigen Parteitätigkeit noch in guter Erinnerung stehende Genosse Wilhelm Piffius in Frankfurt nach langem qualvollen Leiden verstorben. Er erreichte ein Alter von 52 Jahren. Heute Donnerstag 11 Uhr findet seine Beisetzung auf dem Wödenheimer Friedhof statt.

**Gaggsfeld, 4. März.** Sozialdem. Verein. Am Sonntag, 8. März, nachmittags 3 Uhr, findet im Saale zum „Bahnhof“ eine öffentliche Volksversammlung statt, wozu die gesamte Einwohnerschaft freundlichst eingeladen ist. An den Parteigenossen liegt es, für einen guten Besuch Sorge zu tragen. Referentin ist Genossin Frau Görnle aus Stuttgart. Gleichzeitig machen wir darauf aufmerksam, daß am gleichen Sonntagvormittag eine Flugblattverbreitung stattfindet, worauf wir die Straßenbediente besonders hinweisen möchten. Die Flugblätter können am Samstagabend bei Gen. Görnle in Empfang genommen werden. Wir hoffen, daß sich die Parteigenossen an der Flugblattverbreitung zahlreich beteiligen, damit die Arbeit rasch vorwärtsschreitet.

**Durmersheim, 3. März.** Der hiesigen Arbeiterchaft, insbesondere der Partei, und Gewerkschaftsmitgliedern, ist bekannt, daß am Samstag, 7. d. M., abends 8 Uhr im Gasthaus zum „Kreuz“ ein weiterer Diskussionsabend stattfinden wird. Der Referat wird Arbeitersekretär Gen. Hipp. Karlsruhe übernehmen. Vollständiges Erscheinen ist unbedingt notwendig. Am Sonntag, 8. März, abends 7 Uhr, findet im Gasthaus zum „Kreuz“ eine öffentliche Frauenversammlung statt mit dem Thema: „Das Frauenwahlrecht“. Als Referentin ist Genossin Frau Hoffmann-Mannheim vorgesehen. Wir erwarten, daß Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern mit ihren Frauen vollständig dieser Versammlung. Ebenso wird am Sonntag, 8. d. M., ein Flugblatt zur Verbreitung kommen, wozu die Genossen am Samstagabend eingeteilt werden.

## Kommunalpolitik.

**Voranschlagsberatung in Leutschneureuth.** Heute Donnerstagabend findet eine Bürgerauschüßung statt; auf der Tagesordnung steht die Beratung des Voranschlags. Die Sitzung ist öffentlich. Jedermann darf hier teilnehmen.

**1. Zum Schulhausneubau in Durmersheim wird uns geschrieben:** Wie es scheint, soll das neuerbaute Schulhaus ebenso wie das alte, wie feinerzeit die Platzfrage. Es sind hier Gerüchte im Umlauf, die unter Gemeindevorstand beschuldigen, bei der Vergebung der Schulhausarbeiten die Interessen der Gemeinde nicht so genau zu haben, wie er es eigentlich hätte tun müssen. Was an der Sache wahr ist, können wir nicht beurteilen, doch scheint es, daß sich hier ein Stück Hinterlistigkeit abspielt. In letzter Woche erschienen auch zwei Artikel im „Kastatter Tageblatt“ betreffs dieser Angelegenheit. Es wirkt gewiß nicht beruhigend auf die Gemüter, wenn schon wieder solche Gerüchte aufkommen. Es sei nur an die Bürgermeisterwahl erinnert, die vor zwei Jahren stattgefunden hat. Wie wurde da alles aufgedeckt, um den alten Bürgermeister zu stürzen. Sollte unter dem jetzigen Bürgermeister nun der alte Schandrian, den die damaligen Gegner dem alten Bürgermeister zum Vorwurf machten, wieder weitergehen? Dann hätten sich seine Versprechungen, die er vor seiner Wahl machte, nicht erfüllt. Es muß unter allen Umständen darauf geachtet werden, daß in dieser Beziehung Klarheit geschaffen und Aufklärung gegeben wird, wie mit dem Gelde der Umlage-

## Theater und Musik.

### Stadtheater Karlsruhe.

Bei der Wiederholung des „Barbier von Bagdad“ am Dienstag sang W. v. Schwind erstmals die Partie des gesungenen Barbiers. Wir haben vor kurzer Zeit den Mannheimer Bassisten Gentes in dieser Partie gehört und waren deshalb auf die Leistung Schwinds gespannt. Für das erste Mal dieser gesungenen und darstellerisch überaus schwierigen Partie hat W. v. Schwind überraschend Aufsehen erregendes geleistet. Selbstverständlich wußte eine solche Partie mit dem mehrmaligen Darstellen und es ist natürlich erforderlich, daß eine Klärung und Klärung in der Gesamtheit manche jetzt noch vorhandene Unebenheiten beseitigen werden müssen. Stimmlich erwies sich die Stimme als völlig ausreichend und darstellerisch konnte Schwind schon manche eigene Klänge wirksam zur Anwendung bringen. Besonders angenehm fiel die sorgfältig behandelte Aussprache und ihre Verständlichkeit, wie auch das defamatorische Hervorheben der einzelnen Textstücke auf. Die übrige Besetzung war die gleiche wie bei der Erstausführung und erübrigt sich deshalb eine nähere Kritik. Alfred Lorenz leitete diesmal das Orchester. Seine ganze Hingabe, Schaffensfreudigkeit und straffe Leitung verdienen auch an dieser Stelle mit nachdrücklichstem Lob anerkannt und hervorgehoben zu werden. W. Sch.

### Brüder Post-Quartett.

Die durch ihren künstlerischen Ruf auch hier bestens bekannten Brüder Post gaben am Samstagabend im Eintrachtssaal einen „Kammermusik-Abend“. Den Anfang des Konzertes bildete die Wiedergabe eines bisher noch unangeführten Streichquartetts in G-Dur (Mannstropf) von Ludwig van Beethoven. Baumann, der verdienstvolle Dirigent der Karlsruher „Festhalle“, hat sich bereits durch seine zahlreichen Kompositionen die Achtung und Anerkennung der musikalischen Kritik gesichert und auch das am Samstag gehörte Streichquartett verdient die schaffensfreudigen und erfahrenen Tonsetzer. Jeder der vier Sätze trägt sein eigenes Gepräge in sich, drückt ein reines Können aus und erfüllt in allem die Anforderungen, die man an den klassischen Quartettstil stellt. Eingende Melodik, ansprechende Harmonik und wirksame Kontrapunktschönheiten sind die Hauptmerkmale dieses Quartetts. Die Besetzung und Detailarbeit erhöhen den Wert dieser neuesten Schöpfung Baumanns. Aber auch einem sonnenigen Humor begegnen wir im letzten Satz (Allegro molto vivace). Wir können sagen, daß dieses Streichquartett seinen Weg durch den Konzertsaal finden möge. Für die vorgezeichneten Baumannschen Tadel, welche Hildegard Baumann (Stadtheater Essen) singen sollte, wurde das Verhörende F-moll-Streichquartett, op. 2, eingeschaltet. Durch das unvorhergesehene Einschalten dieses Quartetts nicht vollendet und sein genug ausgefüllt gewesen zu sein; trotzdem aber hinterließ es einen befriedigenden Eindruck auf die Zuhörer. Den Abschluß bildete W. A. Mozarts Streichquartett in G-moll, das, künstlerisch abgerundet und durch vollendeten Vortrag, einen starken Eindruck auslöste. Die Quartettmitglieder, wie auch der Komponist wurden lebhaft applaudiert.

zähler umgegangen wird. Das Vertuschen ist hier nicht am Platze. Also heraus mit der Sprache.

**Neues Theater in Mannheim.** Wie die „Berliner Theaterkorrespondenz“ meldet, soll in Mannheim die Gründung eines neuen Theaters beabsichtigt, das neben dem Hof- und Nationaltheater und dem Neuen Theater im Rosengarten als die erste private Bühne der Stadt geführt werden soll. Leitung des neuen Theaters soll der bisherige Leiter des Königsberger Neuen Schauspielhauses, Direktor Josef Geißel, übernehmen. Die „Heidelberger Ztg.“ meldet hierzu weiter, daß nicht weniger als drei Theaterprojekte augenblicklich ernsthaft in Erwägung gezogen werden. Die Stadtverwaltung will zweien dieser Projekte näher treten, während das dritte Projekt von privater Seite geplant ist. Die Stadtverwaltung soll beabsichtigen, dem Hof- und Nationaltheater ein intimes Schauspielhaus anzugliedern. Ebenfalls von städtischer Seite soll beabsichtigt sein, das Neue Theater im Rosengarten auszubauen. Die Bühne im Parksaal würde einem gründlichen Umbau unterzogen werden und sollte dann in erster Linie als Sommertheater betrieben werden.

**Aus dem Voranschlag der Stadt Wiesloch.** Nach dem städtischen Voranschlag für 1914 wird eine Umlageerhöhung von 3 Pf. und zwar von 44 auf 47 Pf., eintreten müssen. Der Hauptgrund in der Umlageerhöhung liegt darin, daß das Elektrizitätswerk ungefähr 6000 M. weniger Umlage als früher zahlt, da fortan nicht mehr Viehstich allein, sondern alle Gemeinden, welche an das Werk angeschlossen sind, an der Umlage des Elektrizitätswerkes teilhaben.

**Die neue Redaktionsstelle zwischen dem Stadteil Schlierbach und Siegelhausen** wird am 6. März dem Verkehr übergeben werden.

**Verschmelzung zweier Ortsgemeinden.** Vom 1. April ab wird der Ort Dennenbüsch, der 20 Einwohner zählt, als Teilgemeinde dem Orte Unterreichenbach angegliedert. Nach dem Dennenbüsch vor etwa einem Jahre seinen Schicksal durch den Tod verloren hatte, erlangt man den Gedanken, beide Ortsgemeinden zu verbinden, um Verwaltungskosten usw. zu sparen. Die Verbindung scheiterte jedoch immer wieder an dem ungleichen Umlagefuß. Jetzt sind diese Schwierigkeiten durch den Eingemeindungsbeschluß behoben. Dennenbüsch stellt drei, Unterreichenbach fünf Gemeinderatsmitglieder.

**Zur Bürgermeistereiwahl in Heidelberg.** Wie die „Heidelberger Zeitung“ hört, hat Bauat Fuchs in Karlsruhe auf den in der Kommission zwei Stimmen fielen, seine Bewerbung zurückgezogen, jedoch jetzt nur noch Bürgermeister Wielandt und Polizeidirektor Grafer in Mannheim als Kandidaten in Frage kommen.

## Aus dem Lande.

**Bruchsal.** Rüstet zum Frauentag, rüstet zur roten Woche! Diese Mahnung gilt allen unseren Parteigenossinnen und Genossen. Am Sonntag abends 1/2 8 Uhr findet im Saale zur „Festhalle“ eine öffentliche Frauenversammlung statt, zu der wir als Referentin die Genossin Görnle aus Stuttgart gewonnen haben. Hierzu werden insbesondere die Frauen und Töchter eingeladen. Keine Arbeiterin sollte fehlen. Auf in die Frauenversammlung am Sonntag abends! muß es heißen.

**Offenburg.** L. Bürgerauschüßung vom 2. März. Der erste Gegenstand der Beratung war die Erweiterung der Kaiserneubauten in Offenburg, die notwendig wurden durch die Stadterweiterungen am 1. Oktober 1914. Für die Erweiterungen und Neuerrichtung einer Waffenmeisterei und eines Kammergebäudes werden 151 000 M. angefordert, welche Summe, wie bisher beim ganzen Kasernenamt, mit 6 Prozent vom Militärzins vergütet wird. Nach längerer Begründung der Vorlage durch den Vorsitzenden, Oberbürgermeister Hermann, und nach Befürwortung durch den Stadtverordnetenvorstand, trat Stadtb. Oberstall unter Betonung des prinzipiellen Standpunktes der Sozialdemokratie, dafür ein, daß wenigstens die Arbeiten für die Kasernenbauten an ortsanfängliche Geschäftsleute vergeben werden sollten, die ja auch die Umlagen zu tragen und in dieser freien Zeit samt ihren Arbeitern ein nicht rosiges Dasein hätten. Der Stadtrat mochte sich hierfür mit aller Energie verwenden. In gleichem Sinne sprachen noch die Stadtverordneten Dr. Kombar, Homm, Schweizer, Peltzer und Stebel. Sämtliche Redner traten aus, daß ein, daß die von der Intendantur angelegte und vom Stadtverordnetenvorstand unterstützte Verringerung der Kasernenverträge dahin vorgenommen werden soll, daß der Zins nur 5 statt 6 Prozent Zins bezahlt und dagegen die Reparaturen übernimmt. Eine diesbezügliche Vorlage soll in den nächsten Tagen erfolgen. Die oben genannte Bauunternehmung wurde mit überwiegender Mehrheit genehmigt.

Der 2. Punkt der Tagesordnung betraf die Erhöhung der Subvention für das Stadttheater von 2000 M. auf 3000 M., da die Direktion durch den schlechten Besuch des Theaters ohnedies noch zusetzen muß. Nach eingehender Begründung der Vorlage durch den Vorsitzenden und nach der Ablehnung der Stellungnahme des Stadtverordnetenvorstandes sprachen die Zentrumskredner Wagner und Homm gegen die Vorlage. Dafür sprachen mit Wärme Dr. Kombar, Stadtrat Mönch und Stadtb. Stebel. Die Vorlage wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Ein Kreditüberföhrung beim Umbau des früheren Pfundnerhauses um 4078 M. bildete den 3. Gegenstand der Tagesordnung. Das Haus scheint früher ziemlich vernachlässigt gewesen zu sein, andererseits wurden auch umfangreichere Veränderungen als ursprünglich geplant, vorgenommen, so daß diese Überföhrung gerade nicht sehr verwunderlich ist. Der Vorsitzende erklärte, diese Nachforderung sei nicht zu vermeiden gewesen. Der Stadtverordnetenvorstand empfiehlt die Annahme der Vorlage, wenn auch mit einigen Bedenken. Mehrere Redner tadelten das jetzige Aussehen des Gebäudes, sowie das alte stehengebliebene Stück Umfassungsmauer. Bei dieser Gelegenheit wurde auch bemängelt, daß das Hochbauamt leider immer noch keine Abrechnung vom neuen Krankenhaus fertiggestellt habe. Das Hochbauamt fand allgemeinen Tadel. Die Vorlage wurde trotzdem mit großer Mehrheit genehmigt.

Am 4. Punkt der Tagesordnung wird eine weitere etatsmäßige Lehrerstelle an der Gemeindefschule angefordert. Dieselbe wurde anstandslos einstimmig genehmigt. In Vorlage 6 werden 10 000 M. angefordert, die aus Grundstümmitteln an Hauseigentümer ausgeliehen werden sollen zur Einrichtung der Wasser- und Gasleitung, zum Anschluß an die Schwemmkanalisation und zur Erfüllung der von der Wasserversorgungskommission gemachten Aufträge. Die Vorlage wurde mit großer Mehrheit angenommen.

auf 5-10 Jahre zu dem jeweiligen Einlagezinsfuß der städt. Sparkasse gegen genügende Sicherheit gegeben werden. Die Grenze der hypothekarischen Beleihung ist auf 80 Prozent des amtlichen Schätzwertes festgesetzt. Der Vorsitzende begründete die für Rinderbemittelte bestimmte Vorlage. Der Stadtverordnetenvorstand will die Darlehen auf höchstens 300 M. zum Zinsfuß von 4 1/2 Prozent festgelegt wissen. Der Vorsitzende bittet, dem Stadtrat in dieser Beziehung die Hände nicht zu binden; wenn den ärmeren Leuten geholfen werden soll, muß es eben genügend geschehen. Stadtb. Walter befürchtet jetzt schon einen Zwang zum Anschluß der Häuser an die Kläranlage, der Vorsitzende bestritt dies. Nur die Aufträge der Behörden müßten erfüllt werden. Stadtb. Wagner wünscht, daß für die Darlehenssumme dem Stadtrat keine Grenzen gesetzt werden. Stadtb. Mayer meint, daß mit 300 M. nicht viel anfangen sei und sollten mindestens 600 M. gegeben werden können. Dasselbe meint auch Stadtb. Hund, während Dr. Krieg auf dem Antrag des Vorstandes mit 300 M. stehen bleibt. Die Vorlage des Stadtrats wurde angenommen mit der Aenderung, daß die Darlehenssumme auf die Grenze von 500 M. festgesetzt wurde.

**Bulach bei Karlsruhe, 4. März.** Ein augenblicklich bei seinen Angehörigen weilender Soldat des Infanterieregiments Nr. 142 in Wülhausen machte in dem Speicher seines hiesigen elterlichen Hauses seinem Leben durch Erhängen ein Ende. Das Motiv zu der Tat ist nicht bekannt.

**Wiesloch, 4. März.** In Wauschlott wurde die Pigelei Johann Wurster durch Feuer vollständig eingestürzt. Von den Fahrnissen konnte nahezu nichts gerettet werden. Der Schaden wird auf 15 000 M. geschätzt.

**Mannheim, 3. März.** Im Silospeicher der Menania-Expeditions-Gesellschaft wurden Reparaturen an den Siloschächten ausgeführt. Die Zementure Konrad Müller, 30 Jahre alt, verheiratet, und Georg Seid, 24 Jahre alt, lebte, arbeitete in einer Höhe von 2 Metern. Plötzlich brach das Gerüst und beide stürzten in die Tiefe. Müller wurde mit gebrochenen Beinen aufgehoben, außerdem hatte er schwere Hautabschürfungen erlitten, Georg Seid hatte so schwere Verletzungen erlitten, daß er auf dem Transporte nach dem Krankenhaus gestorben ist. Der schwer verletzte Müller fand Aufnahme im Krankenhaus. Ueber die Ursache des Unfalles sind Ermittlungen im Gange.

**Mannheim, 4. März.** Bei Vornahme von Montagearbeiten an einem Bahnübergange bei Graben-Neudorf stürzte der 47 Jahre alte ledige Kesselschmied Friedrich Mübhus von einem Gerüst ab und erlitt einen Schädelbruch.

**Rehl, 3. März.** Einer Meldung der „Rehler Zeitung“ zufolge sollen in der Nacht vom Sonntag auf Montag zwischen etwa 40 Angehörigen des Straßburger Infanterieregiments 132 und Soldaten der hiesigen Pioniere in einer hiesigen Wirtschaft Streitigkeiten ausgebrochen sein, in deren weiteren Verlauf die Pioniere die Infanteristen auf dem Heimweg überfallen haben sollen, wobei ein 132er schwer verletzt und eine Krankenschwester, die sich des Verletzten annahm, mißhandelt worden sein soll.

**St. Blasien, 4. März.** Nach einem Wortwechsel wurde der Landwirt Heinrich Hofstaller niedergeschlagen und erhielt dabei so schwere Verletzungen, daß der Tod des Mannes eintret. Der Täter, ein gewisser Otto Kägele wurde verhaftet.

**Schnau i. A., 4. März.** In Erberg wurde die 21jährige Tochter eines Einwohners und dessen Ehefrau unter dem Verdacht der Kindesstiftung verhaftet. Die beiden geben an, das Kind der Tochter sei tot geboren worden. Die Leiche des Kindes wurde im Keller unter einem Kartoffelhaufen aufgefunden.

**Rippollingen u. Sickingen, 4. März.** Durch Feuer wurde das Anwesen des Landwirts Ruffe vollständig zerstört. Es konnte nichts gerettet werden. Auch 5 Stück Vieh kamen in den Flammen um.

**Vom Neckar, 4. März.** Bei Mörtelstein wurde die Leiche eines Mannes aus dem Neckar gelandet. Der Tote gehörte allem Anschein nach dem Arbeiterstand an und stand in den 50er Jahren. Es dürfte Selbstmord vorliegen.

**Waldbirch (Weisgau), 4. März.** Während der Pflanzzeit wurde hier in vorgeklärter Nachtstunde ein Fabrikant auf einem abgelegenen Platz von drei Masken überfallen und mit Faust- und Stockhieben schwer mißhandelt. Vermutlich handelt es sich um einen Racheakt. Die drei Täter zu ermitteln, ist aber bis jetzt nicht gelungen.

**r. Einer der Besten!** Unter allgemeinem Lohschweigen seitens der bürgerlichen Blätter vollzog sich in Heidelberg der Umzug eines „Besten“ und „Besten“ unterer Nation, Mittelmeister a. D. Klee von seiner Villa nach den weniger gastlichen Räumen des Untersuchungsgefängnisses. Klee wurde wegen Betrug usw. festgenommen, nachdem er lange vorher schon tüchtig gefürchtet haben soll.

**z. Endlich ein Entgegenkommen der Generaldirektion der Staatsbahnen.** Den berechtigten Wünschen der Arbeiterschaft des Pfingstals, den Leerzug 1233, der bisher unmittelbar nach 6 Uhr abends in Karlsruhe abging und von Durlach ab als Kurzug galt, um die Fahrgäste mit Wochenkarten aufzunehmen, von Karlsruhe ab bemerken zu dürfen, ist infolge der Nachtragtragungen worden, als nun, infolge der Bemühungen des Landtagsabg. Kurz ein Zug ab 1. Mai 1914 ab Karlsruhe 6 23 Uhr neu eingelegt wird.

Ein großer Teil der Arbeiter, die in Karlsruhe beschäftigt sind, werden ab 1. Mai nun diesen Zug benutzen können und ein weiterer Mißstand wird beseitigt sein. Dem Abg. Kurz wurde diese Nachricht unterm 26. Februar l. J. von der Groß-Generaldirektion zugestellt. Die Arbeiterschaft ist der Groß-Generaldirektion wegen dieser Klärung sehr dankbar.

**Wasserstand des Rheins.**

5. März.

Schusterinsel	1.51 m, gef. 1.8 cm
Maxau	3.79 m, gef. 1 cm
Mannheim	3.20 m, gef. 2 cm.

**Dr. Thompson's Seifenpulver**

(Schutzmarke Schwan)

eignet sich nicht nur zum Waschen, sondern wird auch vorteilhaft verwendet beim Putzen, Scheuern und Abseifen. Es ist daher im Haushalt unentbehrlich



Aus der Stadt.

\* Karlsruhe, 5. März.

Jugendausflug.

Im Nebenzimmer der „Wacht am Rhein“, Ecke Ritter- und Gartenstraße findet heute abend ein Vortrag des Herrn Faller statt über: „Entwicklungsgeschichte des Menschen.“

Achtung Weststadt!

Zu einer wichtigen Besprechung werden die Parteigenossen auf Samstag den 7. März, abends 8 Uhr, in das Nebenzimmer zum „Waldschlößchen“ eingeladen.

Das Bezirkskomitee.

\* Todesfall. Im hohen Alter von 88 Jahren ist hier Geh. Raurat a. D. Wilhelm Benoit, der Vater des an der hiesigen Technischen Hochschule wirkenden Geh. Hofrats Gg. Benoit, gestorben.

T. Zentralverband der Handlungsgehilfen. In der am Dienstag stattgefundenen Monatsversammlung sprach Herr Stadterordn. Kappert-Etlingen über das interessante Thema: „Preußen-Deutschland.“

Der Vorstand wählte die Versammlung den Kollegen Kippman für diesen Posten. Der engere Vorstand besteht nunmehr aus den Kollegen Kippman, Köpper, Schneider und Drehfuß.

\* Hofsegerfeier. Der Verein für das Deutschtum im Ausland und der Deutsche Sprachverein veranstalten gemeinsam am Mittwoch, den 11. März, abends 8 1/2 Uhr, im Künstlerhaus (am Karlsruher) einen Hofseger-Abend.

\* Unfall. Dienstag abend erlitt ein 9jähriger Knabe in der Kallitvodastraße dadurch einen Oberschenkelbruch, daß ihm ein Balken, an dem sich die Klammer gelockert hatte, auf das Bein fiel.

\* In die Transmision geraten. Ein in einer Fabrik in der Südbodenstraße mit Weibeln beschäftigter verheirateter Arbeiter aus Welschneureut wurde am 28. Februar vormittags von der Welle der Transmision von hinten an den Meidern erfaßt und mehrmals um die Welle herumgeschleudert.

\* Einsteigebieb. Der Täter, welcher in der Nacht zum 12. Februar in der Wald- und Erbprinzenstraße hier in drei Läden durch die Oberfenster einstieg und Geld entwendete, ist am 2. d. M. in Mainz bei Verübung eines Diebstahls verhaftet worden.

\* Heberzieherdiebstahl. Am 27. v. M. wurde hier ein doppelreihiger, schwarz-grauer Winterüberzieher mit schwarzen Hornknöpfen und schwarzem Futter im Werte von 100 Mark entwendet.

\* Probefahrt mit Triebwagen auf der Staatsbahn. Heute verkehrte probeweise zum erstenmal ein Triebwagen von Karlsruhe nach Rastatt.

\* Schwere Brandwunden am ganzen Körper erlitt gestern vormittags das 6jährige Mädchen eines in der Rheinstraße hier wohnhaften Müllers.

\* Schwindlerhebehaar. Ein 36 Jahre alter Eisenbahnsekretär a. D. aus Würzburg und dessen Ehefrau, welche beide wegen Betrügerei, die sie in München, Kaiserslautern und Worms verübt haben, in letzter Zeit auch in hiesigen Zeitungen Annoncen erlassen, wonach sie sich gegen Gewährung einer einmaligen Abfindungsumme seitens der Kindesmutter bereit erklärten, „Kinder diskreter Herkunft“ an Kindesstatt anzunehmen.

\* Betrüger. In der Zeit vom 7.—14. Februar 1914 logierte ein Unbekannter, der sich als Kaufmann Georg Wader aus Mannheim ins Fremdenbuch eintrug, in einem hiesigen Hotel und verschwand dort unter Hinterlassung seiner Logisgebühr.

Veranstaltungen.

\* Das Residenztheater zeigt das sehenswerte Doppel-Premerien-Programm noch bis inkl. Freitag. Die beiden Filme, sowohl das prachtvoll kolorierte Drama „Durch Nacht und Grauen“, als auch das erheitende Lustspiel „Ihre Hoheit“, haben noch nichts von ihrer Zugkraft eingebüßt.

Neues vom Tage.

Ulm, 4. März. Eine 32 Jahre alte Ehefrau fand sich im hiesigen Amtsgerichtsgefängnis ein und machte die Anzeige, daß sie ihre drei Kinder im Alter von 6 und 4 Jahren und 4 Monaten in Abwesenheit ihres Mannes in ihrer Wohnung aufhängt habe. Die sofort angeordneten Ermittlungen ergaben die Nichtigkeit dieser Anzeige. Die Kinder wurden teils an der Zimmerdecke, teils an den Türpfosten hängend tot aufgefunden.

Zum Frauentag!

Die Frauen werden in der roten Woche noch eine besondere Gelegenheit haben, für ihre Rechte zu demonstrieren. Nächsten Mittwoch, 11. März, abends 8 Uhr, im kleinen Saal der städtischen Festhalle öffentliche Frauen-Versammlung.

Frauen-Versammlung.

Genossin Gradnauer aus Dresden spricht über „Die Frau und die Politik“.

Genossinnen! Nutzt jede Gelegenheit, um für einen guten Besuch dieser Versammlung zu agitieren. Der Frauentag muß eine machtvollere Kundgebung für die politische Gleichberechtigung der Frau werden.

Haberfeldtreiben von Frauen.

Ein regelrechtes Haberfeldtreiben von 300 Münchener Frauen gegen einen unreuen Ehemann, das an mittelalterliche Volkskämpfe erinnert, meldet der Münchener Polizeibericht. Die Sache ist kein Fälschungsschmerz, sondern hat sich tatsächlich in München in der Volkartstraße zugetragen.

Unschuldig im Zuchthaus.

Frankfurt a. M., 4. März. Der vierzigjährige Kaufmann Georg Ehardt, der bereits wegen Erpressung verurteilt war, wurde im August 1913 wegen Einbruch in eine Villa trotz seiner Unschuldverurteilung zu zwei Jahren Zuchthaus, zehn Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt.

Zum Freispruch des Grafen Mielzynski.

Meseritz, 4. März. Die Staatsanwaltschaft hat gegen das Urteil in dem Prozeß gegen den Grafen Mielzynski Revision eingelegt.

Explosionsunglück.

Hamburg, 4. März. Bei der Firma Franz Schwalbe kleiner Grasbrod ereignete sich heute nachmittag eine folgenschwere Patronenexplosion.

Hamburg, 4. März.

Die Explosion bei der Meifenhandlung Franz Schwalbe erfolgte beim Umladen von 650 000 französischen Metallpatronen von Schneider-Creuzot, die in einem Schuppenhaufen. Die Scheiben und Straßenlaternen der Umgebung des Schuppens sind infolge des Luftdrucks zertrümmert worden.

Paris, 4. März.

Eine furchtbare Explosion ereignete sich gestern in den Abendstunden im Fort Vendes. In der dortigen Dynamitfabrik explodierte der Apparat, der zur Herstellung von Nitroglyzerin dient.

Im Armenhaus verbrannt.

Danzig, 4. März. Im Dfisebad Neubude geriet das Armenhaus, ein altes Lehngebäude mit Strohdach, in Brand, der so schnell um sich griff, daß sich nicht alle Anwesenden retten konnten.

Toulon, 4. März.

Bei Tauchversuchen erstickte ein Taucher des Panzerkreuzers „Diderot“, nachdem er auf den Meeresgrund gelassen worden war.

Ein fürstlicher Landstreicher.

Nizza, 4. März. Gestern verhaftete die hiesige Polizei einen Landstreicher und brachte ihn zur Wache. Dort stellte sich beim Verhör zur größten Ueberraschung heraus, daß der Verhaftete ein Prinz, und zwar der Fürst Ferdinand de Ligori, Prinz von Messici ist.

Letzte Nachrichten.

Schuldebate im elsass-lothringischen Landtag. Straßburg, 4. März. Im Verlauf der Etatsberatung wies der Abg. Dr. Didio (Str.) in entschiedener Weise die von gewissen Seiten erhobenen Angriffe gegen die Oberlehrer an den höheren Schulen zurück.

Arbeiterentlassungen.

München, 4. März. Die Direktion der bayrischen Staats-Artilleriewerkstätten hat für den 1. April die Entlassung von 600 Arbeitern in Aussicht gestellt.

Zabernprozesse.

Zabern, 4. März. Gegenüber anders lautenden Mitteilungen der Presse sei festgestellt, daß von den 27 Fällen, die bei der Zivilkammer des Landgerichts von den letzter Zeit im Banduren-Keller Inhaftierten wegen Entschädigung gegen den Militär-Fiskus anhängig gemacht worden sind, der größere Teil demnachst, am 10. März, zur Verhandlung kommen wird.

Ausstand.

Petersburg, 4. März. Auf den Putilow-Werken sind heute 1500 Arbeiter in den Ausstand getreten, um dadurch gegen die Vorkchrift zu protestieren, den heutigen Gedenktag der Bauernbefreiung nicht zu feiern.

Zum Marinestandal in Japan.

Tokio, 4. März. Das Oberhaus beschloß als Protest gegen die Mißbräuche in der Flotte den vom Unterhaus um 30 Millionen verringerten Kredit für den Bau von Schiffen um weitere 67 Millionen zu kürzen.

Briefkasten der Redaktion.

N. 6. 28. Lohnpfindung ist für Gemeindefragen auch bei einem Einkommen von unter 1500 Mk. zulässig.

Verantwortlich: Für den politischen Teil, Partei, Letzte Nachrichten, Gewerkschaftliches und Soziales: Hermann Adelb; für den übrigen Inhalt: Hermann Winter; für die Inserate: Gustav Krüger, alle in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Ver einsanzeigen.

Karlsruhe. (Verein Arbeiterpresse und Unterstützungsvereinsung.) Montag abend halb 9 Uhr: Versammlung bei Kaufleutberg, Nebenzimmer. 7641.2

Durlach. (Arbeiterbund Vornwärts.) Freitag den 6. März, abends halb 9 Uhr bei Jögenen, „Läwenbräu“: Ausschusssitzung. Wegen Wichtigkeit der Verhandlungen ermannt pünktliches Erscheinen. 7641. Der Vorstand.

Heidelberg. (Sozialdem. Verein.) Samstag den 7. März, abends halb 9 Uhr, im „Wald. Hof“: Mitgliederversammlung. 7642

Unterwiesheim. (Sozialdem. Verein.) Samstag den 7. März, abends halb 9 Uhr, im „Schwan“: Versammlung. 7643

Telegraphischer Schiffsbericht der „Red Star Linie“ Antwerpen.

Der Postdampfer „Gothland“ der „Red Star Linie“ in Antwerpen ist laut Telegramm am 2. März wohlbehalten in Neuporf angekommen.

Buchhandlung Volksfreund.

Christentum und Sozialismus von A. Bebel. Preis 10 Pfg. Porto 5 Pfg.

Advertisement for Wilh. Wolf jr. featuring a large '20 Mk.' price tag and text: 'Zwei erstklassige Costbuser Fabrikate, solide tragfähige Qualitäten, nur neue Dessins, per Anzug 3.25 Meter Mark 20.- netto Kasse. Wilh. Wolf jr., Kaiserstr. 82 a, Engros-Tuchabteilung Eingang Lamstrasse, Einheitspreis'.



### Extra-Angebot!

Von Mittwoch bis Samstag erhält jeder Kunde bei Einkauf von ein Los der 4. Eisenacher Geldlotterie gratis, im glücklichsten Falle 20000 Mk. Gewinn.

Herron-Anzüge Mk. 10.50 bis 45.00  
Knaben-Anzüge Mk. 2.45 bis 18.00  
Konfirmanten - Anzüge Mk. 10.00 bis 28.00

**Konfektions-Haus „Mercur“**  
Kaiserstraße 60. 7652

Bitte genau auf Firma u. Hausnummer zu achten.

### Bekanntmachung.

Im städtischen Schlacht- und Viehhof wird gut kompostierter Düngewaggon und fuhrweise abgegeben. Karlsruhe, den 4. März 1914. 7640  
Städtische Schlacht- und Viehhofdirektion.

## Carl König

Dentist

KARLSRUHE, Kaiserstrasse 124 b.

Telephon 2451.

Künstliche Zähne, Plombieren, Zahnziehen. 2885

### Die Vogelhandlung von L. Säger

Amalienstraße 22 empfiehlt

st. Kanarienvögel, Papageien  
vollständige Vogelfänge, Vogelfutter, Aquarien, Fische etc.

### Feuerbestattungsverein Karlsruhe e.V.

Alle Anhänger der Feuerbestattung werden hierdurch zum Beitritt eingeladen. Mitgliederstand Ende 1913 = 725.

Jahresbeitrag 3 Mk. Mitglieder zahlen nur die Hälfte der Einäscherungstaxen und erhalten 80 Mk. Kostenzuschuss.

Anmeldungen an Oberbuchhalter Wildenthaler (Rathaus). 7389

## Städtisches Bierordtbad.

### Große Schwimmhalle.

Für Damen und Mädchen geöffnet: Werktags vormittags 9 bis 11 Uhr und nachmittags 2-1/2 bis 5 Uhr, mit Ausnahme Samstags nachmittags. Ferner Freitags abends von 6 bis 1/2 8 Uhr zu ermäßigtem Preis.

Für Herren und Knaben geöffnet: Werktags vormittags 8 bis 9 Uhr und 11-2 Uhr, nachmittags 1/2 5-8 Uhr, Freitags nachmittags nur bis 6 Uhr, sowie Samstags vormittags 11 Uhr bis abends 9 Uhr und Sonntags 8-12 Uhr. Auch über Mittag geöffnet.

Kinderwagen, gut erhalten, billig zu verkaufen. Durmersheim, Speierstraße 300.

### Ziehung unwiderruflich schon 7. März!

## Große Badische Säuglings-Fürsorge-Geld-Lotterie!

2827 Geldgew. ohne Abzug

**27 000 M.**

1. Hauptgewinn bar:

**10 000 M.**

826 Gewinne bar:

**10 000 M.**

2000 Gewinne bar:

**7 000 Mk.**

Los 2 Mk. 1.-, 11 L. Mk. 10.-, Porto und Liste 30 g

empfiehlt Lotterie-Unternehmer

**J. Stürmer**

Strasbourg, L. E., Langstraße 107. Filiale: Kohl a. Rh., Hauptstr. 41. In Karlsruhe: Carl Götz, Hebelstr. 11/15, E. Flägel.

# Linoleum-Reste

bis ca. 8 Meter Länge.

200 cm breit Linoleum bedruckt . . . . . Meter **2<sup>10</sup>**

200 cm breit Granit Illa viele Farben, durchgehend . . . Meter **3<sup>90</sup>**

200 cm breit Inlaid Illa mit klein. Schönheitsfehlern, Muster durch u. durch Meter **4<sup>50</sup>**

Linoleum-Läufer-Reste, bedruckt  
130 cm 110 cm 90 cm 67 cm 60 cm br.  
Meter **1<sup>75</sup> 1<sup>50</sup> 1<sup>20</sup> 85 70**

Inlaid-Läufer-Reste, Muster durch u. durch  
110 cm 90 cm 67 cm breit  
**2<sup>65</sup> 2<sup>00</sup> 1<sup>50</sup>**

Besonders günstige Kaufgelegenheit!

Gr. 250/350 200/300 200/250 150/200cm

Linoleum-Teppiche **18<sup>00</sup> 12<sup>00</sup> 9<sup>50</sup> 5<sup>75</sup>**  
mit kleinen Farbfehlern

Linoleum-

90/180 cm 70/115 cm 70/90 cm 40/65 cm 40/40 cm

Vorlagen **1<sup>65</sup> 1<sup>20</sup> 85 55 35**

Aussteuer-Haus

# Hugo Landauer

Kaiserstrasse  
Ecke  
Lammstrasse

## Pfannkuch & Co

Frische 7658

## Schellfische

Große, 1-2 Pfundig

Pfund **40** Pfg.

## Bratfische

Pfund **25** Pfg.

## Gabliau

Pfund **25** Pfg.

im Auschnitt Pfd. **28** Pfg.

## Stockfische

Pfund **23** Pfg.

Als bester Buttererfay empfohlen

## Esbu

(Margarine)

Pfund **95** Pfg.

## Pfannkuch & Co

G. m. b. H. In den bekanntesten Verkaufsstellen

Habe noch einige abzugeben. **Indthäfen** Morgenstr. 29.

Durlach. Gut erhält. Kinder- und Spielwagen billig zu verl. **Kittelfeldstr. 7, 3. St.**

Kinderwagen nebst Sportwagen mit Dach billig zu verl. **Weilgenstr. 11, 1. St. I.**

### Bekanntmachung.

Strassenbahnbetrieb auf der Linie „4“

Die Wagen der Linie „4“ werden infolge der Kanalisation in Weierthelm durch die Karl- und Reichs-Strasse bis auf weiteres zum Hauptbahnhof fahren. 7639

Karlsruhe, den 4. März 1914.

Städt. Hochbauamt.

### Arbeitsvergebung.

Zum Neubau eines Doppelschulhauses am Lullaplatz sind nachstehend bezeichnete Arbeiten zu vergeben:

Grab- und Maurerarbeit, Beton- und Zementarbeit (Maffivbetten), Granitarbeit (Sofel und Treppen), 7591

Steinhauerarbeit a) rotes Material, b) helles Material, Kunststieptreppen, Zimmerarbeit, Schmiedearbeit.

Angebotsformulare und Zeichnungen können beim städt. Hochbauamt, Zimmer 188 (Eingang Röhrlingerstraße Nr. 96, 3. Stock) eingesehen und abgeholt werden. Dasselbst sind auch die Angebote bis **Mittwoch, den 18. März 1914, nachmittags 4 Uhr**, mit entsprechender Aufschrift versehen, einzureichen. Karlsruhe, den 28. Febr. 1914. Städt. Hochbauamt.

Empfehle:

prima mageres **Dürrfleisch** **Filder-Sauerfrant** **Speck und Schmeer** bei 5 Pfund **80 Pfg.**

Sowie alle Sorten **Fleisch- und Wurstwaren** in bekannter Güte. Versand nach Auswärts.

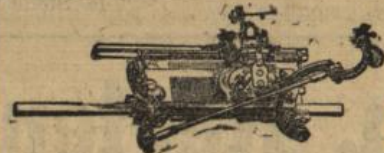
## Heinrich Lang,

Mehger und Wurstler, **Eske Durlacher-Allee** und **7404 Degenfeldstraße.**

## Einige gebrauchte Herbe

von 10.- an sind sehr billig zu verkaufen. 7579

**Luisenstraße 45, 1. St.**



Der beste Erwerb für Hausindustrie ist ihrer vielen Vorteile wegen meine **Strickmaschine**

Außerordentliche Leistungsfähigkeit, große Nadelspannis, Vermeidung von Fallmaschinen, große Platerspannis. Strickunterricht gratis.

Ebenfalls liefere Garne und nehme die fertige Ware ab. 6905 **Karl Ehrfeld,** Karlsruhe, Kaiserstraße 99. - Telephon 102.

### An Neu-Erscheinungen sind zu verzeichnen: August Bebel.

Aus meinem Leben. Dritter Band. Gebunden M. 2.25, Broschürt M. 1.80.

Karl Marx, Der 18. Brumaire des Napoleon Bonaparte (Band 21 der Kleinen Bibliothek). Gebunden M. 1.-, Vereinsausgabe 50 Pfg.

E. Bernstein, Grundsätze des Kommunismus 20 Pfg. Sozialdemokratie und Arbeitlosenfürsorge (Sozialdemokratische Flugchriften Nr. 21) 10 Pfg.

Sämtliche Bücher und Broschüren werden schnellstens besorgt. **Buchhandlung Volksfreund, Karlsruhe, Luisenstraße 24.**

### Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Heaufgebote vom 4. März. Herm. Lang von Diefenbach, Mehger hier, mit Elisabeth Holzwarth von Hilsbach. Albert Konrad von Wöschbach, Kranenführer hier, mit Elisabeth Geiger von hier. Philipp Steiner von Rheinzabern, Fabrikarbeiter hier, mit Marie Winkermann von Ludwigshafen. Karl Seiler von Oberbruch, Schreinermeister hier, mit Anna Schmitt von hier. Richard Waler von hier, Großh. Wainpeltor in Wiesloch, mit Gertrud Ellinger von hier. Otto Weinger von hier, Wächner hier, mit Wilhelmine Wagner von Donsfelders. Julius Stelzer von hier, Bautechniker in Freiburg, mit Marie Wildermuth von hier. Aug. Firsch von Kippenheim, Bahnarbeiter hier, mit Luise Günther von Linsenheim. Richard Stud von hier, Postassistent hier, mit Lina Striebel von hier. Franz Küling von Effen, Schiffseher hier, mit Karoline Kunz von Wildesheim. Josef Sebert von Berolzheim, Sanit.-Sergeant hier, mit Berta Maurer von Niedern.

Geburten vom 25.-27. Februar: Walter, Vater Heinrich Feder, Hausdiener. Sylviana, B. Ida Goldenstein, Ingenieur. Ernst Eduard, W. Xaver Metzinger, Bierführer. Gertrud Anna, B. Philipp Käse, Witzwachmeister. Charlotte Elisabeth Käse, B. Adolf Thaler, Eisenbreher. Wilhelm und Fanny, Zwillinge, Vater Wilhelm Fröh, Briefträger.

Todesfälle vom 2. und 3. März: Emma Freifrau von Seldened, alt 63 Jahre, Ehefrau des Oberjägersmeisters Kammerherrn, Excellenz Wilhelm Rudolf von Seldened. Friedrich Mauer, Briefträger, Chemann, alt 37 Jahre. Ludwig Daubenberger, Bahnarbeiter, Chemann, alt 33 Jahre.

# Möbel

komplette Einrichtungen sowie einzelne Möbelstücke

## kaufen Sie

gut und billig zu günstigen Zahlungs-Bedingungen im

**Möbelhaus Pistiner,** Schützenstr. 17.

Franko-Lieferung auch nach auswärts. Reiche Auswahl in allen Preislagen. 7647



# Sozialdemokratische Partei Karlsruhe

Sonntag, den 8. März, vormittags 10<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, spricht im grossen Saale der Festhalle

## Frau Dr. Rosa Luxemburg

über

# Militarismus. Volkstfreiheit

Zu dieser Versammlung sind alle Bürger, insbesondere die Arbeiter, freundlichst eingeladen. Die Rednerin ist mit diesem Thema voll vertraut und steht zu erwarten, dass sie dasselbe in grosszügiger Weise behandeln wird. Zur Deckung der Kosten erlauben wir uns **25 Pfg.** Eintritt zu erheben. Für organisierte Parteimitglieder bei Vorzeigung des Mitgliedsbuches **Eintritt frei.**

☛ Saalöffnung <sup>3</sup>/<sub>4</sub> 10 Uhr. ☛

☛ Saalöffnung <sup>3</sup>/<sub>4</sub> 10 Uhr. ☛

**Der Vorstand.**

**Vorverkaufsstellen:** Expedition des Volksfreund, Luisenstr. 24, Deutsche Eiche, Augartenstr. 60, Auerhahn, Schützenstr. 58, Zigarrengeschäft Fr. Töpfer, Rüppurrerstr. 10, Gewerkschaftszentrale, Kaiserstr. 13, Fahrradhaus „Frisch Auf“, Adlerstr. 8, Zur Palme, Lessingstr. 40, Zum neuen Saalbau, Bachstr. 60.

Für

### Konfirmation u. Kommunion

Schwarze, weisse und farbige Kleider-Stoffe  
Enorme Auswahl. Meter Mk. 0.80 bis 6.50. Nur Neuheiten.

Weisse Batist-Stickerei-Stoffe      Weisse Stickerei-Röcke  
Meter Mk. 0.48 bis 5.50.                      Stück Mk. 1.65 bis 6.90.

Knaben-Anzug-Stoffe schwarz, blau und dunkel gemustert  
Meter Mk. 2.85 bis 6.50.

Fertige Anzüge	Mk. 11.—	15.75	18.75	19.50
1- und 2-reihig, schwarz, blau, marengo, dunkel gemustert	Mk. 21.50	23.50	26.50	28.50
	Ia. Stoffe und beste Verarbeitung.			

7 651

## Joh. Hertenstein

Inhaber: Fr. Kuch.                      Herrenstrasse 25.  
Rabatt-Marken oder 5% Rabatt auf alle Artikel.

Eine geschmackvolle

## Wohnungs-Einrichtung

kaufen Sie leicht, wenn Ihnen vielseitige Auswahl erstklassiger Qualitäts-Möbel, außerordentlich niedrige Preisbemessung u. sachgemäße ehrliche Beratung zur Verfügung stehen. Alles dies finden Sie in hervorragendem Maße in der

### Möbel-Ausstellung

## D. Reiss, Karlsruhe i. B.

Fernsprecher 1522  
Kronenstr. 37/39.

Ich habe einige **Schlaf- und Speisezimmer** zu **reduzierten Preisen** abzugeben. 7378

## Bett-Teppiche

sind enorm billig abzugeben.  
**Kaiserstr. 133**  
8682 1 Treppe hoch.  
Ecke Kaiser- und Kreuzstr.

Stadt  
Arbeitsamt  
Gesucht:  
Herrschafstöchtern,  
Mädchen, die gut bürgerlich  
kochen können,  
Mädchen für alle Hausarbeit  
und zum Anlernen,  
Zimmermädchen, 7684  
Küchenmädchen für Wirtschaft.  
Stadt. Arbeitsamt  
(weibl. Arbeitsnachweis)  
Zähringerstr. 100 Tel. 949.

Rabatt.      Rabatt.

Großes Lager in  
**Wand- u. Taschenuhren**  
sowie in  
**Gold- u. Silberwaren.**  
Goldene Frantinge Paar von  
10 Mk. an.  
Empfehle den werten Vereinen  
nur große Auswahl in passenden  
Artikeln, geeignet zu  
**Regelpreisen.**  
Ebenso werden Reparaturen an  
Uhren und Goldwaren wie all-  
gemein bekannt, gut und bei  
billigsten Preisen ausgeführt  
Schnell und voll.

**Carl Billian,** Uhr-  
Ladengeschäfte: Ecke Karl- u.  
Neue Bahnhofstr. 1,  
Schönenstraße 55. 7388

Rabatt.      Rabatt.

Gut erhaltene Bettstelle mit  
Rost und neuer Matratze ist billig  
zu verkaufen. Händler verbeten.  
Rab. Kaiserstr. 11, Etb. 2. St. 7633

**Erdbeerseklinge** (Ananas)  
100 Stück  
1.50 Mk., 1000 St. 10.00 Mk. zu  
verkaufen. Gröningen (Reubau  
hintern „Löwen“).

gegenüber d. alten Bahnhof

## Kaiser Friedrich

### Mittag- und Abendessen

im Abonnement.  
Gute Küche zu jeder Tageszeit. 7658

**Halb geschenkt**  
bis 1. April wegen Lebensaufgabe  
Heberzicher, Ulster 2.00 an  
Anzüge von Mk. 5.00 an  
sowie einzelne Sachen und  
Damen-Kleider, Wäsche,  
Schuhe usw. 7647

**Spottbillig.**  
Friedenberg, Marktgrafenstr. 17.

### Hausverkauf.

Im Dorort Daxlanden, unweit der Bahnhaltstelle ist ein zu 60% rentierendes gut gebautes 1 1/2 stödiges Zweifamilienwohnhaus mit Garten, Stallung, Schuppen usw. gegen kleine Anzahlung sofort oder später zu verkaufen. Gest. Off. u. Hausverkauf 7655 an die Exped. d. Blattes erbeten.

fortwährend gut erhält. Herren- und Frauen-Kleider, gut gemachte Schuhe, Stiefel in eigener Schuhmacherwerkst. 8970

**Frau Streckfuß** Durlacherstr. 79.

**Bruteier**, von reibhuhnfarb. Itäl., fortwährend St. 15 Pfg. zu verkauf. Grünwinkel, Gerberstr. 9.

**Klappwagen**, fast neu, ge-  
Dach, bill. zu verk. Brauer-  
straße 15, 3. St. r.

### Wirtschafts-Übernahme und Empfehlung.

Allen meinen werten Freunden, Gönnern u. Gästen, sowie meiner werten Nachbarschaft zur gefl. Kenntnis, daß ich unter heutigem das

## Gasthaus zum Schwanen

Kronenstr. 86,

übernommen habe.  
Ich werde bemüht sein, durch Verabreichung von nur prima Speisen und Getränken sowie eines vorzüglichen Stoffes böhm. Bier, hell und dunkel, und gute Weine die Zufriedenheit meiner Gäste zu erwerben u. zu erhalten. 7646

Um geneigten Zuspruch bittet  
**Albert Bauer,**  
Wegger und Wirt.

Backpulver      **SINNER**      Puddingpulver

Gesellschaft Sinner, Karlsruhe-Grünwinkel.